

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Geschäftsstellen nehmen die Nachrichten und für Auskünfte die Behörden aufzunehmen. — Erscheinungszeitung: Anzeiger für das Erzgebirge Nr. 62.

Wochentage der Amtshandlung: Dienstag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend, Sonntag. — Abonnement: 100 Pfennige. — Preis: 10 Pfennige. — Poststelle: Auer Zeitung Nr. 1000.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Poststelle: Auer Zeitung Nr. 1000.

Nr. 10

Mittwoch, den 13. Januar 1932

27. Jahrgang

Die Tributabsage im Echo der Weltöffentlichkeit

Viel Verständnis für Deutschland

Berlin, 11. Januar. In politischen Kreisen wird das Echo, dass die Erklärung des Reichskanzlers über die deutsche Zahlungsunfähigkeit in der Weltöffentlichkeit gefunden hat, sehr aufmerksam verfolgt. Die Erklärung fließt sich in erster Linie auf die objektive Unfähigkeit Deutschlands, Reparationszahlungen zu leisten, und weiter auf die Schlussfolgerungen des Baseler Gutachtens. Offenbar scheint aber der zweit letzte erregte Ton in der französischen Öffentlichkeit einer ruhigeren Überlegung Platz gemacht zu haben. Die zunächst aufgetauchten Drohungen, Frankreich habe nunmehr keine Veranlassung, nach Lausanne zu gehen, dürfen wohl kaum ernst gemeint sein. Auch hinsichtlich der weiteren Drohungen, Frankreich werde den Kredit nicht verlängern, ist man in diesen politischen Kreisen der Auffassung, dass die Entscheidung darüber nicht allein bei Frankreich liegt, da Frankreich ja nur ein Viertel des insgesamt 400 Millionen betragenden Kreditlimits zur Verfügung gestellt hat.

Italiens Haltung

Rom, 11. Januar. Der Vorsitzende des Baseler Sonderausschusses, Beneduce, hatte heute vormittag mit dem italienischen Außenminister Grandi eine längere Unterredung. Beneduce berichtet sich heute Abend nach Paris, wo in den nächsten Tagen Verhandlungen über das Reparationsproblem zwischen den Sachverständigen Frankreichs, Englands und Italiens stattfinden. In festgestellten unterrichteten Kreisen wird es als nicht ausgeschlossen betrachtet, dass auch noch ein Gedankenaustausch zwischen Italien und deutschen Sachverständigen erfolgen wird. Die Entwicklung, die die Reparationsfrage mit dem Interview des Reichskanzlers am 2. Januar genommen hat, war — wie weiter erklärt wird — von der italienischen Außenpolitik seit einiger Zeit in den Bereich der Möglichkeit gezogen worden. Man verweist darauf, dass Italien stets großes Verständnis für die Deutschland aus dem Reparationsproblem entstandenen Schwierigkeiten aufgebracht hat. Die Erklärungen des Reichskanzlers seien infolgedessen ohne Reaktion aufgenommen worden. Man verweist ferner darauf, dass Italien immer die enge Verflechtung der in den letzten Jahren entstandenen Wirtschaftsprobleme vertreten hat und dass in den politischen Richten der italienischen Außenpolitik in Bezug auf diese Frage eine Anerkennung nicht eingetreten ist. Italien habe immer die Notwendigkeit einer großzügigen Lösung des Reparations- und Schuldenproblems versucht und sei trotz der damit verbundenen Opfer für eine mutige Lösung dieser Frage.

„Ein Hieb auf den Knoten“

„Herald Tribune“ über die amerikanische Auffassung in der Reparationsfrage

New York, 11. Januar. Unter der Überschrift „Ein Hieb auf den Knoten“ betont „Herald Tribune“ in einem Leitartikel, die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit, weitere politische Schulden zu zahlen, seien durch zu viele Anzeichen angestimmt gewesen, um als völlige Überraschung zu kommen. Wenn man sich von der französischen Presse verlegter Gutmüdigkeit zu der Auffassung, die die Erklärungen Brünings bei den Baseler Finanzschachverständigen gefunden hätten, so sei offensbar, dass die nunmehr eingeräumte Entwicklung nicht außerhalb von deren Berechnungen gelegen sei. Die Vertreter des Schatzamtes der Vereinigten Staaten befürchteten, dass der deutsche Schritt schon im letzten Jahre irgendwann einmal hätte kommen können, legt die Vermutung nahe, dass man auch in diesen Kreisen vorbereitet gewesen sei. So gut vorbereitet allerdings die Finanzwelt auf die Erklärungen Dr. Brünings gewesen sei, so düste doch nicht angenommen werden, dass die amerikanische Ansicht der deutschen Annahme zustimme, dass nunmehr das Ende der Reparationen gekommen sei.

New York, 11. Januar. „Newport Times“ schreibt in einem Leitartikel, Brünings Erklärung in der Reparationsfrage sei nicht so zu verstehen, dass Deutschland nicht zahlen wolle, sondern dass es nicht zahlen könne. Demgegenüber müsse Frankreich eine Lösung finden, die die Rechte, die auf dem Reparationsanspruch bestehen, und die Linie, die geneigt sei, die Reparationen gegen gewisse Konzessionen zu beenden, einzige.

Englische Blätter begrüßen Deutschlands Auffassung

London, 11. Januar. Die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers über die Reparationsfrage werden von allen Blättern in Leitartikeln erörtert. Die Führer der Sozialistischen und der Liberalen Partei begrüßen die Erklärung. So liegt das Arbeitersblatt „Daily Herald“: Dr. Brünings Erklärung ist eine willkürliche Einleitung zur Konferenz von Lausanne. Jeder mit Wirtschaftsinn begabte Politiker und Staatsmann weiß, dass Deutschland nie wieder Reparationen bezahlen wird. Deutschland hat nichts weiter getan, als einen kühnen Märschall ein Ende gemacht. Vor einer gescheiterten Front der Gegner kann keine Rebe sein. Den gleichen Gedanken äußert auch „News Chronicle“ und bemerkt: Die Engländer haben die Reparationsfragen sehr gut und freuen sich, dass Deutschland „den Faden angeknüpft“ hat. Auch die drei großen konserватiven Blätter zeigen ein positives Verständnis für die deutschen Argumente. „Times“ bemerkt, wenn man die Erklärung Dr. Brünings lediglich als Mitteilung der Auffassung betrachte, die Deutschland in Bezugnahme vorbereitet wurde, dann entschuldigt sie nicht besonders Neues oder Neues.

solches. Jeder Kenner des Baseler Gutachtens möchte erwarten, dass Deutschland völlige Befreiung der Reparationen fordern werde. Die Hauptfrage für die Lausanner Konferenz ist, ob es irgendwelche wirkliche Aussicht auf Erfahrung Deutschlands gebe, solange über seinem Kopf die Möglichkeit schwende, zur Wiederaufnahme der Zahlungen aufgefordert zu werden. Von der Lösung dieses Problems hängt es viel für Deutschland wie für seine Gläubiger ab, dass es bei der Erklärung keine politische Erwähnung irgendwelcher Art geben dürfe. Es kommt nur auf wirtschaftliche Realitäten an. „Daily Telegraph“ sagt: Das Deutschland jetzt keine Reparationen bezahlen kann, ist klar genug, aber dass es unfähig sein wird, in drei oder fünf Jahren etwas zu bezahlen, kann heute niemand behaupten. „Morning Post“ drückt die Befürchtung aus, dass jeder Verweigerung der Zahlung der politischen Schulden eine Verweigerung der Zahlung der kommerziellen Schulden folgen könnte. Von den unabdingbaren Blättern vertritt „Daily Mail“ die Ansicht, dass Frankreich schließlich einer wesentlichen Herabsetzung der Reparationen zustimmen werde.

Die Einstellung des englischen Kabinetts zu den Erklärungen Dr. Brünings

London, 2. Januar. Unter Bezugnahme auf die gestrige Kabinettssitzung, auf der auch die Erklärung Dr. Brünings zur Reparationsfrage zur Sprache kam, sagt der parlamentarische Korrespondent der „Times“: Die Minister sind keineswegs der Meinung, dass die Erklärung des deutschen Reichskanzlers als eine Drohung oder ein Ultimatum ausgelegt werden könne. Man betrachte sie lediglich als die Wiedergabe der Auffassung der deutschen Regierung über die Lage, die durch den Bericht des Baseler Sachverständigenausschusses entstellt worden ist. Die Erklärung des Premierministers, dass die Ereignisse des Wochenendes die Abschaltung der Lausanner Konferenz notwendiger gemacht haben, ist nach Beratung mit Sir John Simon und Neville Chamberlain abgesegnet worden und hat die volle Unterstützung des ganzen Kabinetts gefunden. Die einzige Sorge des Minister ist jetzt, dass die Konferenz nicht noch einmal über den 25. Januar hinaus verschoben wird. Gestern wurde in amtlichen Londoner Kreisen mitgeteilt, dass alle interessierten Mächte ihr Einverständnis mit dem Datum erklärt haben.

Eine französische Stimme

Paris, 11. Januar. „Le Monde“ erklärt: Man muss darauf hinweisen, dass der deutsche Regierungschef laut heutiger Erklärung hat, was jeder Deutsche bei sich denkt, und was Millionen Menschen in der ganzen Welt einschließlich vieler Franzosen meinen. Gewiss, wenn der Reichskanzler erklärt hätte, dass sein Land bereits jetzt entschlossen sei, nichts mehr, überhaupt niemals mehr einen Pfennig für die Reparationen zu zahlen, dann würde Frankreich, der zweifellos ein wenig vorsichtig gesprochen hat, mit Recht haben feststellen können, dass die Lausanner Konferenz sich nicht mehr sehr rechtsgültig lasse. Nun scheint aber Dr. Brüning nicht weit gegangen zu sein. Er hat keine revolutionäre Stellung eingenommen, sondern einfach eine Erklärung volliger Zahlungsunfähigkeit für den Augenblick und wahrscheinlicher Zahlungsunfähigkeit für die Zukunft abgegeben. Durch diese deutsche Geste wird nicht etwa der Reparationsgrundriss, sondern der Grundriss der Respektierung der Haager Abkommen mittlerweile ge troffen. Das braucht, kreischt das Blatt weiter, nicht zu überraschen, denn seit Wochen habe man festgestellt, dass die Lausanner Konferenz nichts regeln könne, ohne den Rahmen des Young-Planes zu verlassen. Man müsse auf jeden Fall ganz Neues erreichen oder überhaupt nichts.

Reine Einigung

zwischen den englischen und französischen Sachverständigen

Paris, 12. Januar. „Petit Parisien“ schreibt, das gestern abend vom Finanzministerium über die französisch-englischen Sachverständigenverhandlungen ausgegebene Communiqué enthält das Eingeständnis, dass Frankreich und England sich über eine Formel, die die Verhältnisse des Young-Planes aufrechtzuerhalten und dennoch Deutschland ein Moratorium zu bewilligen erlauben würde, nicht hätten einigen können. Schwierigkeiten seien wegen der Dauer dieses Moratoriums entstanden. England wolle, um die Kreditlimits zu begünstigen, ein möglichst langes Moratorium bewilligen, was Frankreich nicht zulassen könnte, ohne in Zukunft die Young-Zahlungen und die Verbindung der Young-Zahlungen mit den Schuldenzahlungen an die Vereinigten Staaten zu zerstören. Der englische Sachverständige Sir Keith Ross trifft heute vormittag nach London zurück.

Zur Reichspräsidentenwahl:

Ablehnung des Kanzlervorschlags durch Hitler und Hugenberg — Gegen den parlamentarischen Weg der Amtszeit Hindenburgs — Die Frage der Volkswahl

Einigung zwischen Hitler und Hugenberg

Berlin, 11. Jan. Wie wir erfahren, hat die angenommene Befreiung zwischen Adolf Hitler und Dr. Hugenberg heute nachmittag stattgefunden. Sie dauerte bis in den Abend hinein. Wie in den beteiligten Kreisen verlautet, hat sie zu einer Einigung geführt. — Die beiden Parteiführer werden dem Reichskanzler in einem Schreiben mitteilen, dass sie den verfassungsändernden, also den parlamentarischen Weg einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten ablehnen. In unterrichteten Kreisen rechnet man aber damit, dass die Antwort die Möglichkeit einer Volkswahl Hindenburgs auf breiter Basis nicht verschließt. Man rechnet damit, dass die Antwort noch heute abend überreicht und im Laufe des späteren Abends auch veröffentlicht wird.

Die Antwort der Rechten

Berlin, 11. Januar. Wie wir erfahren, werden die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen die Antwort auf die Frage des Kanzlers wegen der Amtszeit des Reichspräsidenten trennen erstellen. Die beiden Schreiben stimmen in der Ablehnung des parlamentarischen Weges der Verlängerung überein, dagegen ist anzunehmen, dass die Frage der Volkswahl tatsächlich verschieden behandelt wird. In deutschnationalen Kreisen stellt man sich auf den Standpunkt, dass der Kanzler nur eine konkrete Frage gestellt hat, nämlich die nach der parlamentarischen Lösung, und dass deshalb auch nur hierauf eine Antwort zu geben sei. Dagegen ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, dass in dem Schreiben Adolf Hitlers die Möglichkeit der Volkswahl berücksichtigt wird, so dass damit ein direkter Antrittspunkt für weitere Verhandlungen nach dieser Richtung hin gegeben sein dürfte. Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, lässt sich erst übersehen.

wenn der Wortlaut der beiden Schreiben bekanntgeworden ist. Die Veröffentlichung hat sich bisher verzögert, weil die Nationalsozialisten länger an der Formulierung ihres Briefes zu arbeiten hatten. In politischen Kreisen spricht man auch von der Möglichkeit, dass der Faden nun auch vielleicht von den Parteien selbst oder einzelnen parlamentarischen Persönlichkeiten weitergesponnen werden kann, zumal die Deutschnationalen grundlegend dagegen sind, dass die Verhandlungen von der Reichsregierung geführt werden. Dann würde die ganze Frage also in eine neue Phase treten. Ob die Entwicklung so und wann sie weitergeführt wird, muss aber zunächst abgewartet werden. Im Laufe des Tages hat übrigens auch Staatssekretär Weizsäcker verschiedentlich mit der Führung der Nationalsozialisten gesprochen, und darauf dürfte wohl auch die konziliantere Fassung der nationalsozialistischen Antwort mit zurückzuführen sein.

Hugenbergs Antwort an Brüning

Aufforderung zum Rücktritt

Berlin, 12. Januar. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, hat an den Reichskanzler einen Brief gerichtet, in dem er u. a. heißt, dass die Deutschnationale Volkspartei die Auffassung vertrete, dass die außenpolitische Stellung Deutschlands am meisten durch den Rücktritt der jeweiligen Regierung gestärkt werden könne, deren Vergangenheit es ihr erschwere, dem Ausland gegenüber die Auffassung des deutschen Volkes mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten. In der Reichsverfassung heißt es, dass die Wahl des Reichspräsidenten unbedingt vom Volke ausgehen habe. Dieses Recht auf den Reichstag zu übertragen, gehe nicht an, umso mehr, als der Reichstag in seiner heutigen Zusammensetzung nicht

mehr dem Willen entspreche. Daher könne eine Unterstüzung der Absichten des Reichskanzlers durch die Deutschnationale Volkspartei nicht in Frage kommen.

Eine Denkschrift Hitlers

Berlin, 12. Jan. Adolf Hitler hat heute beim Reichskanzler seine Antwort auf die Frage nach der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch eine ausführliche Denkschrift zugegeben lassen, in der die juristischen Bedenken, die nach Ansicht der Nationalsozialisten der parlamentarischen Beleidigung über die Amtszeitverlängerung verfassungsmäßig entgegenstehen, aufgezählt werden. Ein gutes "Nein" enthält die Antwort Hitlers wohl nicht, jedoch ist anzunehmen, daß die Nationalsozialisten einer Volkswahl auf breitestem Basis zum Zwecke der Amtsverlängerung nicht entgegenstehen werden. Die Aktion des Reichskanzlers ist nun als beendet anzusehen. Hindenburg hat ihn gebeten, keine weiteren Schritte zu unternehmen.

Oberstleutnant Dösterberg zur Reichspräsidentenwahl

Gotha, 11. Jan. Auf einer Führertagung des Gaues Thüringen des "Stahlhelms" erklärte Oberstleutnant a. D. Dösterberg u. a.: Der "Stahlhelm" lehnt eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten ab.

Staatspartei stimmt der Wiederwahl Hindenburgs zu

Berlin, 11. Jan. Reichskanzler Dr. Brüning empfing heute nachmittag die Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei, Dr. Weber und Meier, und gab ihnen über die von ihm eingeleiteten Schritte zur Präsidentenwahl Auskunft. Die Vertreter der Staatspartei brachten ihre volle Zustimmung zu den Bemühungen um eine Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg zum Ausdruck. Im Anschluß daran wurden Fragen der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik besprochen.

Reichstagseinberufung erneut abgelehnt

Berlin, 12. Jan. Der von den Kommunisten eingebrachte Antrag auf Einberufung des Reichstages wurde heute im Reichstag erneut abgelehnt, da nur die Antragsteller sowie die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten dafür stimmten.

Das Bier ab 1. Februar billiger

Berlin, 11. Jan. Der Reichskommissar für die Preisüberwachung hat dem "Börsenturier" aufgrund dem Brauerei- und dem Gastwirtsgewerbe von den Preisbeschriften der Notverordnung bis zum 1. Februar ds. Jg. Dispens erteilt. Bis zu diesem Termin soll die Entscheidung über den Umfang der Biersteuerenkung gefallen sein, wobei der Umfang der Senkung auf Grund einer Vorlage vom Reichsrat beschlossen werden soll.

Die Vertreter des deutschen Brauerei- und Gastwirtschafts gewerbe haben der Regierung eine Ermäßigung um 10 Reichsmark je Hektoliter Bier vorgeschlagen. Gleichzeitig sind die Gastwirte bereit, die Abshankpreise um den doppelten Betrag der Steuerermäßigung zu senken. Das würde also bedeuten, daß ab 1. Februar das große Glas Bier 10 Rpf. und das kleine Glas Bier 5 Rpf. billiger wird.

In der Vorlage, die das Reichsfinanzministerium dem Reichsrat zugehen läßt, soll, so berichtet das Blatt weiter, betont werden, daß die in den Jahren 1930 und 1931 vorgenommenen Erhöhungen der Biersteuer den erwarteten Mehrertrag nicht gebracht haben. Für das neue Staatsjahr 1931/32 hat die Reichsregierung selbst den ursprünglich eingeschätzten Voranschlag von 510 Millionen RM auf 460 Millionen RM herabgesetzt. Auch diese Summe wird nicht erreicht werden.

Besprechung mit den Vertretern der Länder

Berlin, 11. Jan. Der Reichskommissar für die Preisüberwachung hatte die Vertreter der Länder und die Beauftragten des Reichskommissars für Bayern und Sachsen zu einer Besprechung über die Durchführung der Preisüberwachung und die bisher gewonnenen Erfahrungen gebeten. Die Besprechung ergab Übereinstimmung über die bisherigen Maßnahmen und die weiter in Angriff zu nehmenden Arbeiten. Der Reichskommissar teilte mit, daß Verhandlungen im Gange seien und für die nächste Zeit bevorstünden, um weitere Preislenkungen herbeizuführen.

Auf die Mitteilung aus dem Kreise der Verfammlten, daß die Durchführung der Preischilderverordnung noch verschiedentlich zu wünschen übrig lasse, bat der Reichskommissar, mit größter Bestimmtheit vorzugehen. Wie bereits mitgeteilt, habe er sich für Fälle hartnäckiger und vorjährlicher Weigerung vorbehalten, dem betreffenden Betriebshaber die Fortführung des Betriebs zu unterstellen oder den Betrieb ganz zu schließen. Es wurde festgestellt, daß das Einsehen von sogen. Staffelpreisen in die Preischilder unzulässig sei. Es sei ferner unzulässig, die amtlich vorgeschriebenen Preischilder mit Reklamebeileger oder Vermerken wie z. B. "Preise laut Notverordnung" zu versehen.

Arbeitszeitverkürzung bei der Reichsbahn

Berlin, 11. Jan. Im Reichstagsausschuss für Beamtenangelegenheiten wird heute ein kommunistischer Antrag behandelt, der die Dienstbauvorrichtungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ändern will. Der Antrag verlangt, daß die geltenden Dienstbauvorrichtungen sofort aufgehoben werden und die Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich verkürzt wird. Weiter fordert der Antrag ein Vorgehen der Reichsregierung gegen die Durchführung einer neuen Dienstanweisung, nach der künftig auf je 60 Güterachsen bei Rangierzügen nur ein Zugbegleitbeamter entfallen soll und an die Personenzüge bis 30 Güterachsen

ohne Begleitung von Zugbegleitpersonal angehängt werden sollen. An diesen Antrag knüpft sich eine ausführliche Ausprache. Die Deutschnationalen nahmen an den Ausschusserörungen wieder teil, während die Nationalsozialisten noch wie vor der Sitzung ferngeblieben sind.

Der kommunistische Antrag wurde nach längerer Ausprache mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

Der Ruf der Kirchen an die Abrüstungskonferenz

Je näher die Abrüstungskonferenz rückt, desto stärker tritt auch die Mitarbeit der Kirchen der verschiedenen Länder an der geistigen Vorbereitung in die Erhebung. Die kirchlichen Kundgebungen in England für die Abrüstung erreichen ihren Höhepunkt in einem Gottesdienst, der am 15. Dezember in der St. Pauls-Kathedrale in London in Anwesenheit zahlreicher Bischöfe und Domkapitäne der anglikanischen Kirche sowie freikirchlicher Geistlicher stattfand. Im Mittelpunkt des Gottesdienstes stand eine überaus ernste Ansprache des Erzbischofs von Canterbury.

In Holland ist von der niederländischen Abteilung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen eine Unterschriftenannahme in die Wege geleitet. Ferner haben zahlreiche offizielle Kirchenvertretungen, z. B. mehr als 350 Kirchendäte der verschiedenen reformierten Kirchen, der lutherischen Kirche, der Mennoniten u. a. Kirchengemeinschaften eine Petition unterzeichnet.

Die Zentrale des Weltbundes der christlichen Jungmännervereine in Genf hat an ihre über 50 nationalen Landesvereinigungen ein Rundschreiben gerichtet, worin diese aufgerufen werden, sich "gerade in dem augenblicklich so ungeheuer schweren und kritischen Zeitpunkt mit aller Mächtigkeit und ohne jede unchristliche Illusion, zugleich aber doch mit voller Hingabe für die Förderung des gerechten Friedens zwischen den Völkern durch eine Abrüstung im Sinne der Entschließung der Weltkonferenz einzusehen."

Blutige Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern

Rendsburg, 11. Jan. Zwischen annähernd 70 Nationalsozialisten, die von einem SA-Appell kamen, und etwa 200 Reichsbannerangehörigen und Kommunisten kam es zu einem schweren Zusammenstoß. 19 Personen wurden verletzt, darunter vier schwer. Der 21jährige SA-Mann Menzel aus Büdelsdorf bei Rendsburg ist seinen Verletzungen erlegen.

Die japanischen Verluste bei Hsinlinlung

Tokio, 12. Januar. Bei dem Kampf in der Nähe von Hsinlinlung, wo gestern abend, wie bereits berichtet, eine Kompanie japanischer Soldaten von 5000 chinesischen Banditen angegriffen wurde, verloren die Japaner an Toten vier Offiziere und 30 Mann. Nahezu alle anderen japanischen Gefechtsteilnehmer wurden verwundet.

Hastentlassung Gandhis?

Bombay, 11. Jan. Es läuft hier das Gerücht um, daß die Regierung Gandhi gegen Ehrenwort aus der Haft entlassen würde, allerdings mit Aufenthaltsbeschränkung an einen bestimmten Ort.

Kinobrand — Zwei Todesopfer

Dedenburg, 11. Jan. In dem Kinoteater der Gemeinde Marz im Burgenland entstand ein Brand, wobei mehrere Zuschauer verletzt wurden. Von den ins Spital nach Wiener-Neustadt gebrachten Personen sind zwei ihren Verletzungen erlegen.

Brand des Brühler Jagdschlösses

Brühl (Bezirk Köln), 11. Jan. Im ehemaligen Jagdschloß des Kurfürsten Clemens August, in dem gegenwärtig das Hotel Belvedere untergebracht ist, brach heute früh Großfeuer aus, das den größten Teil des Dachstuhles vernichtet. Der Schaden wird auf einige hunderttausend Mark geschätzt.

18 000 Mark für ein Millionenobjekt

Wuppertal, 11. Januar. Bei der Zwangsversteigerung eines Hotels in Elberfeld gab die städtische Sparkasse mit 18 000 Mark das Höchstgebot ab. Der Zuschlag soll in nächster Zeit erfolgen. Der Bauwert des Hotels beträgt eine Million Mark. Die städtische Sparkasse hatte die erste Hypothek in Höhe von 280 000 Mark erteilt.

Nun Böhmen Beispielloser Tierkreis

Bohmisch-Leipa, 11. Jan. Einen beispiellosen Tierkreis hat sich der Wächter des Höhler Teiches geleistet. Er ließ aus unbekannten Gründen eine große Menge ungeldichtes Kaltes in den Teich schütten. Darauf wurde der gesamte Fischbestand — tausende von Karpfen, Hechten und Ualen — vernichtet. Den Tieren wurden die Augen ausgebrannt, die Flossen und ganze Stücke aus dem Leibe ausgedrückt. Die Körper der toten Fische staunten sich am Teichabfluß und verpesteten weithin die Luft. Die Union hat unter der Bevölkerung großen Unwillen hervorgerufen, um so mehr, als sich der Leipziger Fischzuchtverein erbötzlich gemacht hatte, den Teich abzufischen. Der Fischzuchtverein hat gegen den Teichwächter die erforderlichen Schritte eingeleitet.

400 Jahre Platten

In diesem Jahre wird die Bergstadt Platten im böhmischen Erzgebirge die Feier ihres 400jährigen Bestehens begehen. Aus diesem Anlaß wird vom 24. Juli bis 21. August 1932 eine Industrie-, Gewerbe- und Heimat-Ausstellung und am 7. August ein Heimatfest mit historischem Festzuge veranstaltet werden.

Freiwilliger Arbeitsdienst und Landnahme

Von der Halleigesellschaft Rue des Jungdeutschen Ordens wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung geschrieben:

Die Möglichkeit, durch den freiwilligen Arbeitsdienst wenigstens eine Milderung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen, wird heute von den wenigsten Menschen angewiesen. Ende des vergangenen Jahres hatten alle größeren Verbände, vom Reichsbanner bis zu den Nationalsozialisten Arbeitsdienstlager eingerichtet. In einer Verlautbarung des Reichsarbeiterschefs, die im August Dezember erschienen ist, wird der Jungdeutsche Orden als der Träger der meisten Arbeitslager genannt. Zu Beginn des Jahres 1932 bestanden fast 80 vom Jungdeutschen Orden aufgezogene Arbeitsdienstlager, an denen fast zur Hälfte Nicht-Jungdeutsche teilnehmen. Es ist dieser Erfolg nur dadurch möglich gewesen, daß der Jungdeutsche Orden in Tausenden von Versammlungen im Jahre 1931 für den freiwilligen Arbeitsdienst geworben hat und daß seine Führer den Worten sofort die Taten folgen ließen.

In letzter Zeit wird nun ein Vorschlag, den freiwilligen Arbeitsdienst auch in der Industrie einzuführen, lebhaft diskutiert. Der Jungdeutsche Orden schreibt dazu in seiner Tageszeitung: „Man verkennt bei diesem Vorschlag völlig, daß die deutsche Wirtschaft sich in einer Strukturwandlung befindet. Den freiwilligen Arbeitsdienst in den Herstellungsbereichen der Industrie einzuschalten, hieße die Arbeitslosigkeit nur noch vermehren und widerspricht ideenmäßig völlig der Haltung einer geistig jungen Generation.“

Im Jahre 1932 wird sich der Jungdeutsche Orden noch mehr als bisher für den freiwilligen Arbeitsdienst einsetzen. Den Arbeitsdienstwilligen sollen in diesem Jahre ebenso wie bisher für jede geleistete Arbeitsstunde Unrecht auf Grund und Boden zu späterer Siedlung gutgeschrieben werden. Das Land für eine zukünftige Neuansiedlung steht im Osten Deutschlands in genügender Menge zur Verfügung. Besitzen doch vier Prozent aller deutschen landwirtschaftlichen Betriebe mehr als 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Von diesen 20 Prozent liegt ein sehr großer Teil brach, da landwirtschaftliche Großbetriebe sich immer weniger rentieren. Bezeichnend dafür ist, daß die staatlichen Domänen jährlich bedeutende Bußgelder erfordern.

Diese Neuansiedlung soll aufgebaut werden durch Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes. Daher ist auch für jeden, der eine solche Siedlung „erwerben“ will, nicht in erster Linie Geld erforderlich, sondern der persönliche Einsatz in Form von Arbeit. Für diese Art von Siedlung werden in erster Linie die zweiten und dritten Söhne kleinbäuerlicher Betriebe in Frage kommen, die bisher, da sie ja das väterliche Gut nicht übernehmen konnten, gezwungen waren, in die Städte abzuwandern und dort das Heer der Industriearbeiter immer mehr vergrößerten. Es werden aber auch junge Mädchen aus anderen Berufen, soweit sie sich körperlich eignen und die nötige Lust und Liebe mitbringen, eine solche Siedlung erwerben können.

Gleichzeitig mit der Gründung dieser Siedlungen ist es nötig, noch mehr als bisher für gut arbeitende Wissensorganisationen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu sorgen, um den hart um ihre Scholle ringenden Bauern das nötige finanzielle Rückgrat zu geben.

Der deutsche Verbraucher wird von sich aus dafür sorgen müssen, daß die Einfuhr im Lande selbst herstellender landwirtschaftlicher Erzeugnisse unterbleibt. Der Jungdeutsche Orden wird auch 1932 seine ganze Kraft einsetzen zur Durchführung der von seinem Führer, Artur Mahraun, aufgestellten Forderungen für Arbeitsdienst und Siedlung. Immer lauter wird der Ruf erschallen: Gebt Land! Gebt Land den Millionen!

Rundfunk-Programm für Mittwoch

Röntgenwusterhausen (Welle 1635)

06.50 ca.: Frühstück. 09.00 Schulfunkt. Im Segelclub über Berlin. 09.30 Lehrgang über Bienenzucht. 10.10 Schulfunkt. Die Gerichtslizenzen aus "Kaufmann von Benedikt". 11.30 Die Kenntnis der Biologie von Krankheiten und Schädlingen als Grundlage für eine erfolgreiche Schädlingsbekämpfung. 12.00 Wetter für die Landwirtschaft. Anschr.: Mozart. Anschr.: Wetter (Wiederholung). 14.00 Konzert. 14.45 Kindertheater: "Wischenbrödel". 15.15 In welchen Nahrungsmittelen laufe ich die verschiedenen Nährstoffe am preiswertesten? 18.00 Pädagogischer Funk. Die Bücherfrage. 18.30 Konzert. 17.30 Die Kunst der Fuge. 17.50 Reichsfragen des Tages. 18.20 Vom Wesen historischer Größe. 18.40 Land und Leute in Schweden. 19.05 Weiter für die Landwirtschaft. Anschr.: Welche staatspolitische Arbeit leisten die Beamten? 19.30 Deutschlands Handelspolitik im Jahre 1931. Anschr.: Welter (Wiederholung). 21.15 Goethe und die Politik. 20.00 Militärfunk. 21.00 Tages- und Sportnachrichten. 22.00 Wetter, Tages- und Sportnachrichten. 22.15 Unterhaltungsmusik. Anschr.: Konzert.

Leipzig (Welle 259)

06.50 ca.: Frühstück. 08.15 Fleischsole. Gerichte. 12.10 Konzert. 14.00 Reparaturen im Haushalt. 14.30 Der moderne Landwirt und die Post. 16.00 Jugendstunde. 18.10 Ansprüche der Wirtschaft an die Berufsschulen. 18.35 Italienisch. 18.55 Wir geben Auskunft. 19.05 Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1931. 19.30 Militärfunk. 21.00 Vom Tage. 21.10 "Was dem, der liegt!" Laienspiel. 22.10 Nachrichten. Anschr.: bis 23.30 Unterhaltungsmusik.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: O. M. Treichel für den Anzeigenteil: Karl Schied. — Druck und Verlag: Auer Druck und Verlagsanstalt m. b. H. Rue

Gegen Schnüppchen hilft Forman
Für 60 & in Apotheken und Drogerien.

Wichtige Sportnachrichten

Spielmannszug im Allgem. Turnverein von 1862, Aue
Am Mittwoch, dem 18. Januar findet wieder eine Übung statt. Eintritt aller Spießleute ist möglich. Der Führer.

Schwimmerschaft Aue (DT.)
Donnerstag, den 14. Januar im Vereinsheim "Brauerei" Versammlung. Wichtige Tagesordnung: Betr. Startrecht der Schwimmerschaften. Alle aktiven Schwimmerinnen und Schwimmer haben daran teilzunehmen. Der Vorstand.

Amtl. Mitteilungen des Gau des Erzgebirge im VMBB.
(12. Januar 1932)

Sitzung des Gauvorstandes
mit dem Gaugericht des West- und Ostsiektes und allen Obmännern der Gauausschüsse am 18. Januar 1932 nachm. 5 Uhr im Restaurant "Muldental" in Aue.

Um kommenden Sonnabend soll eine gemeinsame Sitzung, wie vorstehend angekündigt, stattfinden und wird um vollständiges und präzises Erscheinen aller bezugshabenden Mitglieder sowie der Obmänner der einzelnen Gauausschüsse dringend gebeten. An dieser Sitzung wird vorwiegend ein Mitglied des Verbandsvorstandes teilnehmen. Unter anderem soll zu den Vorsitzenden der letzten Gaugerichtssitzung des Westsietes Stellung genommen werden, um den Gau Erzgebirge des VMBB, für die Zukunft vor solchen weiteren Beratungsarbeiten einzelner Vereinsmitglieder und Anhänger zu schützen.

Vereinsvertreter-Sitzung betr. Alle Vereine wollen davon Kenntnis nehmen, daß die bereits bekanntgegebenen Vereinsvertreter-Sitzungen durch die Verlegung der Gaugerichtssitzung auf den 31. Januar 1932 wie folgt stattfinden: Bezirk West am 6. Februar 1932 nachm. 5 Uhr im Rest. "Muldental" Aue, Bezirk Ost am 7. Februar 1932 vorm. 10 Uhr im Rest. "Bärenschänke" Annaberg.

Zwecks Feststellung des Gaumeisters der 1. Klasse werden folgende Einschließungsspiele angelegt: 17. Januar 1932: DSK. Weipert 1 — Sag. Bernsbach 1, Anstoß 14 Uhr; 24. Januar 1932 Sag. Bernsbach 1 — DSK. Weipert 1, Anstoß 14 Uhr; Schiri zu beiden Spielen neutral. Die Spiele finden auf den Plätzen des zuerst genannten Vereines statt. Das noch offen stehende Spiel der 1. Klasse Nr. 334 Bez. West: Sturm Bitterfeld — VfR. Auerhammer wird für den 31. Januar 1932 nachm. 2 Uhr angelegt. Beide Schiri zu diesem Spiel wollen die beteiligten Vereine ihre Wünsche dem Schiri-Obmann rechtzeitig bekanntgegeben.

Die VMBB-Fragebögen müssen nunmehr im Bezirk sämtlicher Vereine sein. Sollte ein Verein noch keine erhalten haben, so bitten wir, dieses umgehend der Gaugeschäftsstelle zu melden, da sämtliche Fragebögen bis zum angegebenen Tage genau ausgefüllt hier eingegangen sein müssen.

Strobel. Landgraf.

Wintersport im Erzgebirge

Bericht vom Montag

Fichtelberg: — 1 Grad, 18 cm Schneehöhe, Sport gut möglich.

Johannegegenstadt: — 3 Grad, 8 cm Schneehöhe, Sport möglich.

Kuersberg: — 3 Grad, 20 cm Schneehöhe, Sport gut.

Klingenthal (Alschberg): — 6 Grad, 10 cm Schneehöhe, Sport gut.

Wöhstadt: — 5 Grad, 5 cm Schneehöhe, Sport möglich.

Kirchennachrichten

Friedenskirche

Mittwoch, abend 8: Lydiaverein. — Donnerstag, abend 8: Gustav-Adolf-Frauenverein.

Dritte Klasse 200. Landeslotterie

1. Tag

In derziehung vom 11. Januar wurden folgende Gewinne von 500 Mark und darüber gezogen:

30000 Mark auf Nr. 90555.

5000 Mark auf Nr. 107319.

3000 Mark auf Nr. 32802 81304 142411 150854.

2000 Mark auf Nr. 510 34958 96552 150345.

1000 Mark auf Nr. 40012 72455 77718 82222 88945 96706 102920

111082 134435 145701 158046 158876.

500 Mark auf Nr. 8527 11190 16518 18257 18901 18720 19680

20733 22645 25198 40299 73896 84885 86488 89224 90866 93618

90618 99484 105397 121606 123063 131754 131808 144033 151717.

(Ohne Gewähr)

Amtliche Anzeigen.

Der 1. Nachtrag zum Ortsgebot, die Einführung einer Kontrollbestätigung des in den Stadtbezirk Aue zur gewerbsmäßigen Verwertung eingeführten frischen Fleisches von Schlachttieren usw. betr. vom 23. Februar 1906, ist von der Kreishauptmannschaft Bautzen genehmigt worden. Er liegt im Stadthause, Zimmer 18, zur Einsichtnahme aus und tritt mit dem Erscheinen dieser Bekanntmachung in Kraft.

Aue, den 9. Januar 1932.

Der Rat der Stadt. Polizeiamt.

Mittwoch, den 13. Januar 1932, vorm. 9 Uhr, sollen im gerichtlichen Versteigerungsraum öffentlich meistbietend

gegen sofortige Verzahlung versteigert werden: 1 Lieferwagen "Dinos" mit Pritschenaufbau, 1 Personenkraftwagen "Adler", 1 Lieferwagen "Vomag", 1 Warenkram und 1 Autoschlauch.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Aue

Wiehmarkt in Aue am 11. Januar 1932

amtliche Besonderheiten:

I. Rinder. Btg. für 1 Wd.

A. Dachsen: a) vollstetig ausgemästete höchsten Schlachtwertes

1. junge

2. ältere

b) sonstige vollstetige

1. junge

2. ältere

c) fleischige

d) geringe genährte

e) jüngere vollstetige höchsten Schlachtwertes

f) sonstige vollstetige oder ausgemästete

27

22

24

C. Rind: a) jüngere vollstetige höchsten Schlachtwertes

b) sonstige vollstetige oder ausgemästete

26

c) fleischige

d) geringe genährte

D. Büffeln: a) vollstetige ausgemästete höchsten Schlachtwertes

30

E. Pferde: mäßig genährtes Jungpferd

II. Rinder.

a) Doppelender bester Molt

b) bester Molt und Saugfälber

45

c) mittlere Moltlämmmer, ältere Moltlämmel und gutgenährte Schafe

40

d) geringe Röder

35

e) geringe Röder

25

III. Schafe.

a) beste Moltlämmel und jüngere Moltlämmel

30

b) Stallmädel

28

c) mittlere Moltlämmel, ältere Moltlämmel und gutgenährte Schafe

25

d) fleischige Schafe und Lämmer

—

IV. Schweine.

a) fettliche Schweine über 300 Wd. Lebendgewicht

48

b) vollstetig. Schweine von 240—300 Wd. Lebendgewicht

45

c) 200—240

44

d) 180—200

40

e) fleischige 120—180

—

f) unter 120

—

g) Sauen u. Über

68

Schweinstiere: 60—65

Rindfleisch: 35—65

Pannfleisch: 60—65

Kalbfleisch: 60—70

Der verschleierte Präsident.

Hier und dort in Läden, deren Besitzer mit der Zeit nicht Schritt halten konnten, sieht man sie vielleicht noch, die fürchterlichen Wachspuppen der Weltkriegszeit, die alle das gleiche dumme Gesicht machen und den Schnurrbart verzweifelt zu Boden hängen ließen. Keiner dieser Figuren standen die Anzüge und Mäntel, die sie dem Publikum schmackhaft machen sollten, und wo sie sich heute noch sehen lassen, reizt der Käufer schaudernd aus. Da sind die modernen, meistens recht lebenswahren Wachspuppen doch andere Gestalten! Fast immer machen sie den schwindigen Eindruck des Westmannes für 48 Mark und 50 Pfennig, oder für lächerlich wohlmodend hinter den Schauspielertheatern hervortreten. Einem Pariser Ladenbesitzer genügten aber auch diese Errungenschaften der Neuzeit nicht. Er wollte etwas ganz Originelles in seinem Schaufenster haben, und so getötet er auf den Einfall, eine Wachspuppe mit den Gesichtszügen und dem wunderbaren weißen Vollbart des Staatspräsidenten Doumer anfertigen zu lassen. Die stellte er nun in ihr Schaufenster, doch ohne Kopf und Weste, mit dem leuchtend roten Band des Großkreuzes der Ehrenlegion über dem besten weißen Hemd ins Schaufenster. Mit der rechten Hand war das Ebenbild des Präsidenten in sehr geschickter Weise damit beschäftigt, seinen linken Manschettenknopf zu schließen. Dabei lächelte Monsieur Doumer höflich und begnügte über das gelungene Werk zugleich. Der Ladenbesitzer sprach sich von dieser Wachspuppe einen großen Erfolg. Beiderseit kam es anders. Kaum stand nämlich die Figur in aller Schönheit im Fenster, da kam die Polizei: „So was gibt es nicht! Entweder einen anderen Kopf aussetzen oder fürd mit der Puppe!“ Der bestürzte Besitzer dachte einen Augenblick nach. Und dann fand er die Lösung. Er nahm ein seidenes Taschentuch und band es vor das Gesicht des Wachspräsidienten: „Meine Herren, sind Sie jetzt zufrieden?“ Zufrieden war gerade nicht der richtige Ausdruck. Aber die Polizei konnte gegen die verschleierte Puppe nichts mehr einwenden und kroch sich. Der Ladenbesitzer schrieb nun mit schöner Rundschrift auf ein Stück weiße Pappe: „Verboden!“ und hestete es mit einer Nadel vor der Nase des verschleierten Präsidenten fest. Der Erfolg war großartig. Alles blieb vor dem Fenster stehen, erkannte natürlich sofort am roten Bande und am weißen Vollbart, der unter dem Taschentuch hervorhob, den Präsidenten und drängte sich, um die Hemden zu kaufen, die das verbote Staatsoberhaupt trug. Wenn es angängig wäre, würde der glückliche Besitzer den Polizisten ein ordentliches Trinkgeld geben.

Ein silbernes Trommelfell.

Die Heilwirkung des Silbers ist den Medizinern seit langem bekannt, insbesondere seine Eigenschaft, gewisse Krankheitskeime abzutöten. J. B. verwendet man ganz dünnen Silberblättchen, die von der modernen Technik heute in einer Stärke von nur einem hundertstel Millimeter hergestellt werden, zur Heilung gewisser Wunder, die, wie Brandwunden, ständig eitern, nach Anbringung der Silberfolien aber als bald trocken werden. Diese Silberfolien hat man neuerdings auch mit bestem Erfolge zur Heilung von Mittelohrentzündungen angewandt. Ein derartiges hochdünnes Silberblättchen wird als eine Art Trommelfell in's Ohr eingeschoben, worauf gemäß den Beobachtungen Professor Dr. Alexander von der Ohrenabteilung der Wiener Allgemeinen Poliklinik, dem wir dieses neue Verfahren verdanken, die chronische Mittelohrentzündung rasch eintoctnet. Dies silberne künstliche Trommelfell kann, ohne daß der Kranke dadurch Schaden erleidet, wochenlang an seinem Platz im Innern des Ohres bleiben. Sollte das Hörvermögen einmal zu wünschen übrig lassen, so legt das Trommelfell von einem wenig Meniskus, um die gewünschte Besserung herbeizuführen. Woran die eigenartige, geheimnisvolle Heilwirkung des Silbers beruht, das sich trotz vielfacher Versuchungen noch nicht feststellen lassen. Als sicher darf indessen angenommen werden, daß seine Verwendungsfähigkeit noch keineswegs erjährt.

Adler-Lichtspiele Aue.

Bahnhofstr. 17

Das behagliche Heim der guten Tonfilmvorführungen.

Dienstag bis Donnerstag 5, 7 u. 9 Uhr
der erschütternde deutschsprachige Großfilm

Wodie Wolgafliest..

Ergreifend — erschütternd — aufwühlend ist diese einfache Geschichte zweier Menschen, die an ihrer großen, unendlichen Liebe zerbrechen und deren Schicksal es bleibt, eine unerfüllbare Sehnsucht ewig mit sich zu tragen.

Ein Tonfilm nach dem weltbekannten Roman

„Auferstehung“ von Leo Tolstoi.

Eines der ergreifendsten Erlebnisse, die je geschildert wurden.

Im gleichen Spielplan der aufsehenerregende Naturfilm:

Entfesselte Gewalten.

Ein unter Lebensgefahr aufgenommener Expeditionsfilm über den Ausbruch des Aetna.

Wochenschau — Lustspiel — Kulturfilm.
Demächst:
Bomben über Monte Carlo. — Der Kongress tanzt. — York.

Tel. 987

1 gebrauchtes
Kinderbett
wird zu kaufen gesucht.
zu erst im Auer Tageblatt.

Seide

Gold!

Durch Goldraupengau können in 12 Wochen 1000 RM u. mehr verdient werden. Einfache, leichte Sicht für alle. Prof., Anf., leicht. Kostenlos. Rülp. erbeten. Beratungsst. für deutschen Seidenbau, Schlesien 22 Weinböhla (Bez. Dresden).

Kaffeehaus Wiegleb Aue

Konzert-Kaffee mit Konditorei Tucherbräu & Silber-Diele Jeden Mittwoch und Sonnabend Tanz- und Gesellschaftsabend

Zeller Berg

Vertreter

für Aue, Schwarzenberg und Bezirk wird von leistungsfähiger Klischee-Anstalt Mittelsachsen gesucht. Es wollen sich nur mit der Branche vertraute Herren melden unter A. T. 143 an die Expedit. dieses Blattes.

Kautschukstompol für jeden Bedarf liefert Auer Tageblatt

Großer, trockener Laden

mit Nebenraum, in nur erster Centrumslage

sofort zu mieten gesucht.

Offeren unter A. T. 137 an das Auer Tageblatt erbeten.

CARMOL hilft

und darf in keinem Hause fehlen
Rheuma, Hexenschuß, Kreuz-, Kopf- u. Zahnschmerzen
Untert sind einmalige Anwendung
Carmol tut wohl.
Preis Nr. 1,50 Doppelpack Nr. 1,50



In Aue: Adler-Apotheke — Kuntzes Apotheke, am Markt.

Empfehle mich zur
Massage bei Ischias, Rheuma
und ähnlichen Erkrankungen, auch zur
allgemeinen Körperpflege
Sportmassage.

Hans Schreiber

staatl. gepr. Masseur
Aue, Reichsstraße 39.
Sprechzeit 1/2—1/25 Uhr.
Bei der Krankenkasse zugelassen.
Besuch auch im Haus.

Spezial-Hohl- und Feinschleiferel sämtlicher Schniedewerkzeuge



Walter Nestmann, Aue, Bahnhofstr.
gegenüber der Adler-Apotheke.
Vernickeln. Verchromen. Reparaturwerkstatt.

Parkett! Parkett!
Bauer & Lenk
Parkettfußböden
Auerbach i. V.
Kaiserstraße 33 — Fernsprecher 2705
liefern preiswert Parkett
verlegt und unverlegt.
Einwandfrei und fachmännische Be-
dienung — Garantie —

Kaffeehaus Wiegleb Aue

Konzert-Kaffee mit Konditorei Tucherbräu & Silber-Diele

Jeden Mittwoch und Sonnabend

Tanz- und Gesellschaftsabend

Zu kaufen gesucht:

Antik. Mahagoni-Belsetztisch, Serviertisch, Kommodchen, evtl. Teewagen, nur aus Privathand.

Angeb. unter A. T. 500 an das Auer Tageblatt.

Lebensexistenz

Familienverhältnisse halber verkaufe ich sofort meine
Gastwirtschaft mit Cafe

(einzig am Orte) zu günstigen Bedingungen mit Inventar. Barvermögen von RM 12000.— erforderlich. Angebote unter A. T. 89 schnellstens an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Chemnitzer sehr leistungsfähige Löffelfabrik

sucht für dortigen Bezirk

Betreter

gegen Provision und evtl. Spezialschuh, später evtl. Gehalt. Herren, welche bei der einschlägigen Rundschau bekannt sind, wollen sich melden unter A. T. 136 an das Auer Tageblatt.



2 Kerle wie Milch u. Blut

Der Stolz der Eltern

Die Tausende von Attesten zeigen, daß es sich bei Scott um ein besonderes Starkungsmittel handelt. Millionen Flaschen werden in den Kulturländern mit bestem Erfolg verbraucht. Scott ist kein chemisches Produkt, sondern enthält die natürlichen Nährstoffe, in leicht assimilierbarer Form. Verlange nur Original Scott a. 175,- Br. in Apotheken und Drogerien.

Depots: Adler-Apotheke, Seiliger, Bahnhofstr. 27a
Wettin-Drogerie, Heimer, Wettinerpl. 1
Radiumbad-Oberschlema: Drog. z. Aesculap,
Mittenzwey, am Kurhaus

Schwarzenberg: Adler-Apotheke, Hynitzsch
Bahnhofs-Drog., Falkenberger
Markt-Drog., Vettermann

Zschöllau: Germania-Drogerie, Hamann

Gewerblicher Raum

hell, heizbar, etwa 60 — 100 m² Mtr. für sofort ob später zu mieten oder kaufen gesucht.

Evtl. auch 4—5 Zimmerwohnung mit erwünscht. Erbitte Angebote mit Preis unter A. T. 102 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Spendet für die Allgemeine

Auer Winter-Nothilfe 1931

Gebt den Sammlern, bringt Eure Gaben in die Sammelstellen Kochschule und ins Stadthaus, alter Stadtverordneten-Sitzungssaal, Eingang Lessingstraße. Geschäftzeit 9—12, 3—5 Uhr.

Für Geldspenden Stadtbank Aue, Konto 2946

10% Rabatt!!

Möbel

gegen langfristige Zahlungsbedingungen!!

Schlafzimmer — Speisezimmer — Küchen sämtliche Einzelmöbel

Paul Katz, Aue, Bahnhofstr. 34.

Gebener Handarbeitswäsche

nur zu haben
Aue, Wehrstraße 5, II.
Lina Schilde.

Rein Laden!

Erfindungs-
Schule aus Pölitz
Theuerken Anwickau

Gültig ab 1. Januar 1932

Neue

Ladenverkaufspreise für Henkel-Erzeugnisse

Persil	das selbsttätige Waschmittel
Persil	das selbsttätige Waschmittel
Henko	Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
(M)	Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel
SII	Henkel's Bleichmittel
Ata	Henkel's Scheuerpulver (fein)
Ata	Henkel's Scheuerpulver (grob)
Dixin	Henkel's Seifenpulver
Gutso	Henkel's Schnitzelseifenpulver

68 Pfennig das Doppelpaket
36 Pfennig das Normalpaket
13 Pfennig das Paket
20 Pfennig das Paket
17 Pfennig das Paket
18 Pfennig die Streuflasche
13 Pfennig das Paket
23 Pfennig das Paket
17 Pfennig das Paket

Die vorstehenden Preise gelten auch für Packungen, die noch mit dem früheren Preisaufdruck im Handel sind. Sämtliche Henkel-Erzeugnisse nach wie vor in unveränderter Güte und Vollkommenheit

Henkel & Cie. A.-G., Düsseldorf

P 505

Die

Au

Di

Ter j
für Preise
hauptmanns
sicht der
Schreiben ge-
sofort anzu-
Tagen erheb-

Wie vo
flärt wird,
der durch-
Schlachtme-
hof und W
Gäste um
ohne Schlach-
Treifstafeln
Staaten gefun-
schaften aus

1932

In der

Stadt-
polizei
ein Fabrikat
fahrenden H

Der Ungefa-

Schlüsselbein

wird wo-
getragen. S

fein. Er ha

gänger zu I

wärts weiter

etwa 1.60 U

alt und be-
Angaben üb-
ber, das be-
nächstegelegene

The

Um mor-
bis dato
hauptmanns
Hauptbühne 2

Wie bere

geführt für

5 Pf. herge-
in die bisher

Vorort vor

aufzubrauchen

für jede uner-
8 Pf. Vom

Sorten gegen

Abholung eine

getauscht.

Wie hüt

nenbundes

der Theateroo

berühmte Ten

Nienabend in

Hoffinden soll.

Auf Ver

plant die Sta

ihren alten mu

zeitätigen er

Kirchenmusi

gen umfassen,

ertragreichsten

Schar und der

ther bringen je

neuen Leistun

kommt.

Marshall

General

Sch bin kein

eigentlich Deu

machen. Gebe

dann Edward

dach meine Va

vonbornber</p

Aus Stadt und Land

Aue, 12. Januar 1932

Die sächsischen Fleischpreise

Der sächsische Staatssekretär des Reichskommissars für Preisbindung, Dr. Schleicher, hat an alle Umtaumannschaften und an die Städte, die der Aufsicht der Kreishauptmannschaften unterstehen, ein Schreiben gerichtet, nach welchem die örtlichen Fleischer sofort anzunehmen sind, ihre Preise innerhalb drei Tagen erheblich zu senken.

Wie von der Dresdner Fleischherinnung hierzu erklärt wird, sind ihrer Ansicht nach die Preise in Sachsen außerst genau kalkuliert. Infolge der sächsischen Schlachsteuer und der teilweise recht hohen Schlachthof- und Versicherungsgebühren könne das Fleisch in Sachsen unmöglich so billig sein wie in den Ländern ohne Schlachsteuer. Die Dresdner Fleischherinnung habe Preistafeln herstellen lassen, die die Zusammensetzung des Rates gefunden hätten und ab Montag in allen Geschäften ausgehängt werden sollen.

Wer war der Radfahrer?

In der Nacht zum 8. Januar ist, wie die Auer Kriminalpolizei mitteilt, unterhalb des Bechergutes ein Fabrikarbeiter aus Dauter von einem stadtteilnahmen Radfahrer von hinten angefahren worden. Der Ungefaehrte trug dabei einen rechtzeitigen Schlüsselbeinbruch davon. Auch der Radfahrer stürzte und hat wahrscheinlich leichtere Verletzungen davongetragen. Sein Fahrzeug soll nicht beleuchtet gewesen sein. Er hat sich, ohne sich um den verletzten Fußgänger zu kümmern, davon gemacht und ist stadtteilnahm weitergefahren. Beschrieben wird er wie folgt: etwa 1.60 bis 1.65 Meter groß, 22 bis 26 Jahre alt und bekleidet mit einem dunklen Überzieher. Wer Angaben über den Radfahrer machen kann, wird gebeten, das bei der Auer Kriminalpolizei oder auf der nächstgelegenen Polizeidienststelle zu tun.

Theaterabend der "Vollbüühne" Aue

Am morgigen Mittwoch wird das Schauspielensemble des Zwicker Theaters im "Bürgergarten" Gerhart Hauptmanns Drama "Michael Kramer" für die Vollbüühne Aue zur Aufführung bringen.

Alte Fernpostkarten umtauschen

Wie bereits mitgeteilt, beträgt vom 15. Januar ab die Gebühr für Fernpostkarten 6 Pfsg. Bis neue Karten zu 6 Pfsg. hergestellt sind, verkauft die Post vom 15. Januar an die bisherigen mit 8-Pfsg.-Stempel zu 6 Pfsg. Wer seinen Vorrat von Karten zu 8 Pfsg. bis zum 14. Januar nicht aufbrauchen kann, erhält vor dem 15. Januar auf Wunsch für jede unverdorbene Karte Wertzeichen zum Betrage von 8 Pfsg. Vom 15. Januar an werden nur noch verdorbene Karten gegen Wertzeichen im Betrage von 6 Pfsg. und gegen Zahlung einer Gebühr von 1 Pfsg. für das Stück umgetauscht.

Tino Pattiera singt in Aue

Wie Hüttenbritek Georgi, der Vorsitzende des Büchnervolksbundes Aue u. Um., gestern abend vor Beginn der Theatervorstellung im "Bürgergarten" mitteilte, ist der berühmte Tenor Tino Pattiera zu einem Lieder- und Klavierabend in Aue verpflichtet worden, der am 30. Januar stattfinden soll.

Annaberg im Rundfunk

Auf Veranlassung des Mitteldeutschen Rundfunks plant die Stadt Annaberg für den 7. und 8. Mai getreu ihrer alten musikalischen Tradition die Veranstaltung eines zweitägigen erzgebirgischen Musikfestes größten Stils, das Kirchenmusik, Kammermusik und symphonische Aufführungen umfassen, aber auch eine Art Gesangswettstreit der erzgebirgischen Sängerbünde zusammen mit der Mag.-Roth-Schar und dem bekannten Erzgebirgsänger Anton Günther bringen soll. Die Darbietungen werden durch den neuen Leipziger Sender übertragen werden.

Die reichste Frau der Welt

Ein spanischer Roman von Georg Westphal

Betrieb: Romanverlag R. & O. Steiner, G. m. b. H., Stuttgart

Canabe sprach wieder:

"Don Marshall, es wäre unverantwortlich, wenn wir uns Ihren Worten verichern. Wir danken Ihnen. Wir leben jetzt klar und müssen erkennen, dass wir keine Aussicht auf Erfolg haben können, wenn Mexiko zu Mexiko hält, wenn der Norden die uns gegebenen Verträge, gemeinsam mit uns loszuschlagen, nicht hält. Dann stehen wir hier auf einem verlorenen Posten. Ich hänge nicht um meinen Kopf. Ein Soldat fürchtet den Tod nicht. Aber ich muss daran denken, dass ein Blutbad, das viele, die ohne ihren Willen in den Strudel der Revolution hineingerissen wurden, treffen wird, unbedingt kommt."

Marshall sprach wieder:

"General Canabe, ich sehe Ihnen einen Vorschlag. Ich bin kein Amerikaner, ich bin kein Amerikaner, ich bin eigentlich Deutscher. Lassen Sie mich für Sie verhandeln. Geben Sie mir als den Unparteiischen Ihre Vollmachten. Lassen Sie mich zunächst mit dem Kommandanten Edward Horn sprechen. Ich sage Ihnen jetzt schon, dass meine Vampire genügen, um jede Aktion Amerikas von vorherem im Reime zu erwidern. Dann lassen Sie mich mit dem Flugzeug zu Galles fahren. Lassen Sie mich mit ihm verhandeln."

"Was soll ich den Diktatoren an, dass Ihnen der Vor-

Die Behebung der Hochwasserschäden

Dresden. Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird mitgeteilt:

Wie bereits in der Presse kurz mitgeteilt wurde, haben am Sonnabend der Minister des Innern und Ministerialdirektor Dr. Sorg vom Finanzministerium eine Fahrt nach Elbha, Frankenberg, Chemnitz, Altenburg, Barthau, Weinersdorf und Geier unternommen, um sich ein ungefähres Bild zu verschaffen über die Ursachen und den Umfang der durch das Hochwasser am 4. Januar verursachten Schäden und diejenige Arbeiten, die zur Verhütung gleicher Vorgänge und zur Behebung der hauptsächlichsten Schäden vorgenommen werden müssen. Es war festzustellen, dass, obwohl die Ursache nicht in einer Wetterkatastrophe sondern in der raschen, durch dauernden Regenfall geforderten Schneeschmelze zu suchen ist, das Hochwasser doch an einigen Stellen katastrophale Wirkungen

im Gefolge gehabt

hat. Ein Glücksumstand war, dass die Flüsse des Erzgebirges kein Eis mit sich geführt haben.

Bei den Verhandlungen mit den örtlichen zuständigen Stellen ist seitens der Regierungsvorsteher der Wille der Regierung betont worden, mit den vorhandenen, wie allgemein bekannt aber äußerst beschränkten Mitteln nach Möglichkeit zu helfen. Umfang und Art der planmäßig vorzunehmenden Arbeiten und der notwendige Geldbedarf

werden durch die allenthalben eingesetzten aber noch fortlaufenden Prüfungen namentlich seitens der technischen Behörden festgestellt werden müssen. Als erfreuliches Moment trat vielfach das Bestreben der Geschädigten zutage, sich selbst zu helfen, sowie die wertvolle Hilfe, die in großem Umfang den Geschädigten durch freiwillige Helfer geleistet worden ist und noch geleistet wird. Anerkennung verdient auch die Arbeit der Feuerwehr, der Polizei und die diese Arbeit unterstützende Tätigkeit freiwilliger Hilfsorganisationen. In den nächsten Tagen sollen noch andere Orte besucht werden, aus denen Berichte über schlimme Wasserschäden vorliegen. Es besteht die Aussicht, dass in der bevorstehenden Landtagsverhandlung ausführliche Angaben über den Umfang der Schäden und die notwendigen Hilfemaßnahmen gemacht werden können.

Landtagsanträge

Dresden. Die kommunistische Landtagsfraktion will in einem Antrag die Regierung beauftragt wissen, für die durch das letzte Hochwasser verursachten Schäden 1 Mill. RM zur Verfügung zu stellen und an die Geschädigten auszuzahlen. Ein weiterer Antrag der gleichen Fraktion erachtet die Regierung, für aufzunehmende Arbeiten für Hochwasserschutzmaßnahmen eine erste Rate von 10 Millionen RM zur Verfügung zu stellen.

Theater in Aue

"Hasenlein kann nichts dafür"

Schauk von Hans Maenner-Mons, aufgeführt vom Ensemble des Stadttheaters Annaberg für den Büchnervolksbund Aue

Nein, Titus Hasenlein, biederer Schneidebauer in einem kleinen Ort des freien Volksstaates Waldenburg, kann wirklich nichts dafür, dass er Abgeordneter im Landtag und schließlich Ministerpräsident wird. Denn er gelangt in die Waschen der Politik und in das Milieu des Parlamentarismus, nur weil er in einer Wahlversammlung angesichts eines schlechtgefüllten Glases Bier, in dem obendrein noch eine Fliege schwimmt, in die Worte ausspricht: Eine Sauwirtschaft ist das hier; da muss doch Rememburg geschaffen werden, und weil ein findiger und überaus geschäftiger Journalist seinem Freunde den Weg zur Verbindung mit Hasenleins Tochter eben will. So wird Hasenleins "Karriere" lanciert, Hasenlein wird "gemacht", wird als Vertreter des Handwerks auf die Liste eines Parteienmitglieds gesetzt und auf den Ministerjessel gehoben. Hasenlein, dem man die Stichworte für seine Untrittsrede auf die Nötschen schreibt, der sich plötzlich als hoher Vorgesetzter der "Subalternenbeamten" sieht, denen er sonst die Anzüge baute, Hasenlein, der Herr Ministerpräsident, der schließlich froh ist, als er wieder heim auf seinem Schneidebauer steht und dem die Knies schlittern, so er etwas von Politik, Parlamentarismus und damit zusammenhängenden Dingen hört.

Mahner-Mons hat hier eine kräftige Glossierung der politischen Zustände der Nachkriegszeit hingelegt. Er zieht da einen Kubel beispielhaft Spotts aus über so moncherlei Dinge, die in der Politik unserer Zeit eine mehr oder minder erhebliche Rolle spielen und arbeitet dabei außerordentlich geschickt mit allen Mitteln effektiver Situationskomik, gibt den Darstellern so viele Möglichkeiten drastischer Gestaltung, er zwidert den Parlamentarismus so kräftig, jongliert so schlagkräftig und mit dem bissigen Ding hört.

Den geschäftigen Journalisten und Manager Hasenleins spielt Helmut Teiberg manchmal ein wenig zu überfürzt in Sprache und Geste, sonst tabelllos. Egon Helm's verliert der Figur des Freiherrn von Schendell, Chef der Staatskanzlei, die seine Note gemessener, überlegener Zurückhaltung. In weiteren Rollen bewährten sich u. a. Georg Böckle, Moje van Walten, Annemarie Flögel, Freiherr Hermann, Heinz Hoffmann, Otto Knappe und Arthur Großmann. Einfach und geschickt zusammengestellt das Büchnenbild. Das Publikum schwamm in Heiterkeit. Und es rauschte Beifall.

Tr.

Bon den Arbeitersängern

Die Gruppe Aue des Deutschen Arbeitersängerbundes hielt am letzten Sonntag ihre Gruppenversammlung im Gasthof "Fleißiger Abend" in Alberoda ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden vom Gesangverein "Liederhain" Alberoda zwei stimmungs-

Schütze den Hals!

pflege ihn täglich — gurgle trocken

90 u. 45 Pf. mit 30 Pf. ab

schlag nicht ungelegen kam.

"Don Marshall", entgegnete Canabe, "Sie kennen Galles nicht. Er wird ohne Erbarmen nur eins fordern, bedingungslose Übergabe, und das bedeutet den Tod von vielleicht ein paar hundert Offizieren."

"Ich kenne Galles nicht, aber ich halte ihn nicht nur für rücksichtslos, sondern auch für flug."

"Wie meinen Sie das, Don Marshall?"

"Ich meine, Herr General, dass ich auch ein paar Trümpe in der Hand habe. Gute Trümpe. Exzellenz. Einer davon heißt: zweihundert Millionen. Es kommt nur darauf an, die Trümpe richtig auszuspielen."

Die Generalität von Vera Cruz sah es ein, und nach einer etwa einstündigen Debatte bat man Werner Marshall, die Unterhandlungen zu übernehmen.

An Bord der Baltimore.

Werner Marshall war zusammen mit Artur Hale auf Deck des Kreuzers angelangt.

Sie wurden, als sie sich ausgewiesen hatten, sofort nach der Kajüte des Kommandanten geführt.

Sir Edward Horn begrüßte sie sehr liebenswürdig, schien aber etwas erstaunt.

"Die provisorische Regierung von Vera Cruz sendet Sie, meine Herren?"

"Ja, Sir! Hier sind unsere Vollmachten, die ich zu prüfen bitte. Dann möchten wir mit Ihnen verhandeln."

Nach Prüfung der Vollmachten wurde ein Glas Wein getrunken, dann sagte der Kommandant: "General Canabe teilt mir mit, dass Don Gomez Arragone gefangen gesetzt worden ist."

"Ja!"

"Warum?"

"Wegen Verrats! Don Arragone hat mit der amerikanischen Regierung ein Abkommen getroffen."

Der Kommandant zuckte zusammen.

"Sir, Sie wollen in einer Stunde Verhaftung befehlen?"

"Ja!"

"Sie werden es nicht tun, Sir, sondern den Befehl geben, dass die Kreuzer wieder den Küsten Amerikas zu steuern."

Sir Edward Horn sah Marshall erstaunt an.

"Was gibt Ihnen das Recht, so mit mir zu sprechen, Mr. Marshall?" fragte er scharf.

"Sir", nahm Marshall wieder das Wort. "Der Vertrag, den Don Arragone mit Sir Caldon geschlossen hat, der zweifelsfrei erwies, dass Amerika die Abfahrt hatte, unter allen Umständen einzutreten zu können um seine Ausdehnungspolitik fortsetzen zu können, ist in meiner Hand. Wünschen Sie, dass dieser Vertrag — hier haben Sie eine Photographie des Vertrages, Sir, das Original ist in guten Händen — veröffentlicht wird, damit die Großmächte und der Völkerbund davon erfahren? Wünschen Sie das, Sir? Ich habe auch noch ein anderes Papier — hier ist die Photographie —, das zweifelsfrei beweist, dass die Anbrandung der amerikanischen Quellen bei Tamiko auf Geheiz Amerikas geschah. Mr. Caldon, der Chef der Ermittlungsbeteiligung, hat den Befehl gegeben."

Der Kommandant war bloß geworden. Er nahm die Photographie und überwarf sie.

Dann flüchtete er hastig und schritt erregt im Raum auf und ab.

"Nun, Kommandant, was sagen Sie dazu? Wohl ein feines Spiel. Aber es geht noch weiter. Hören Sie zu, in welch genialer und ebenso bündigem Art und Weise man die reichste Frau der Welt in diese imperialistische Revolution mit hineingezogen hat."

Im Auer Stadtparlament:

Bürgerliches Präsidium wiedergewählt

Die erste Sitzung der Auer Stadtverordneten im neuen Jahre — Rückblick des Ersten Bürgermeisters Hofmann auf die Entwicklung der Lage im Krisenjahr 1931 — Die Senkung der städtischen Tarife bevorstehend

Kurz und bündig

So verlief die gestrige erste Stadtverordnetensitzung im neuen Jahre, die erste Sitzung nach dem Ende eines Jahres, in dessen Verlauf ein stetiges Abgleiten des Bestandes der kommunalen Selbstverwaltung zu verzeichnen war und die Katastrophe Entwicklung der Verhältnisse einen vernichtenden Schlag gegen die kommunal-parlamentarischen Kompetenzen geführt hat. Gestern hatten immerhin die Stadtväter wieder einmal etwas zu bestimmen. Sie hatten den Vorsteher und seine beiden Stellvertreter zu wählen, und die Wahl fiel, wie zu erwarten war, auf die Herren, die seit zwei Jahren das Präsidium bilden und mit deren Amtsantritt seinerzeit die Zeit der parlamentarischen "Sitten", die ein kommunistischer Vorsteher zu pflegen beliebte, vorbei war. Die Wahl des Präsidiums verlief flott, zumindest von vornherein bei der vorzeitigen Zusammensetzung des Kollegiums das Ergebnis feststand und lediglich die Kommunisten versuchten, über weitschwifige "hochpolitische" Ausführungen zur Einbringung von Vorschlägen und damit zur Sache zu gelangen. Die Zuhörertribüne zeigt nur eine mögliche Besetzung. Seitdem man in den Stadtverordneten nur noch Kenntnis von den Anordnungen der übergeordneten Instanzen zu nehmen hat, ist auch das Interesse an den Plätzen im Zuhörerraum merklich geschrumpft. Hin und wieder kommt es jedoch immerhin noch vor, dass sich von dort aus jemand in ungebührlicher Weise bemerkbar macht, wie das gestern z. B. der Fall war und dazu führte, dass der Erste Bürgermeister, der bis zur vollzogenen Wahl des Präsidiums den Platz des Vorstechers einnahm, einen Zuhörer aus dem Saale weisen musste. Später, im Laufe der Sitzung, weist der Erste Bürgermeister auch den kommunistischen Stadtverordneten Brandt aus dem Saale, als dieser sich nicht dazu versteht will, zur Sache zu sprechen.

und ihm das Wort entzogen werden ist. Brandt geht jedoch nicht und der Erste Bürgermeister lädt es um des lieben Friedenswillen in außerordentlich weitgehender Toleranz dabei bewegen. So kam es nicht schon in der ersten Sitzung des Auer Stadtparlaments im neuen Jahre zum Hinauswurf eines Stadtverordneten.

Vor der Durchführung der Wahl gab der Erste Bürgermeister einen Rückblick auf die Ereignisse des vergangenen Jahres und auf die Entwicklung der Lage in unserer Stadt. Eine Reihe von vorliegenden Anträgen kam nicht zur Beratung und wurde, da der Rat in der Angelegenheit der Senkung der städtischen Tarife noch mit den Vorbereitungen beschäftigt ist, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die in 14 Tagen stattfindet, verschoben.

Sitzungsbericht

Erster Bürgermeister Hofmann eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums bis auf den Stadtv. Lauterbach (SPD), der entschuldigt fehlt, anwesend sind. Er gibt dann zunächst folgende Erklärung ab:

"Ich will am Anfang dieser ersten Sitzung im neuen Jahre ein Ereignis streifen, unter dessen Eindruck wir alle stehen, und denke dabei an die manhaftste Erklärung, die der Reichskanzler Dr. Brüning am vergangenen Sonnabend abgegeben hat und nach der Deutschland jetzt und in Zukunft nicht mehr bereit sein wird, die Reparationsleistungen fortzuführen. Hinter dieser Erklärung des Kanzlers steht ohne Zweifel das gesamte deutsche Volk und wir wollen hoffen, dass von ihr eine Wendung unseres Schicksals ausgeht."

Erster Bürgermeister Hofmann

geht dann über zu längeren Ausführungen über

die Entwicklung der Wirtschaftslage im verflossenen Jahre

im allgemeinen und in der Stadt Aue im besonderen. Dabei führt er aus:

Als ich vor Jahresfrist bei gleicher Gelegenheit wie heute zu Ihnen sprach, muhte ich feststellend, dass das Jahr 1930, allen gegebenen Hoffnungen zum Trotz, uns immer tiefer und tiefer in das Wirtschaftsschlaf habe hinabziehen lassen. Man konnte, ja man muhte damals glauben, dass ein weiterer Abstieg nicht mehr möglich sei. Wie sehr hat doch eine solche Annahme getäuscht. Aber es hätte wohl kaum noch jemand den Mut zu verantwortlicher Arbeit aufzubringen können, hätte er von vornherein bei Beginn des Jahres 1931 klar gesehen, welch

ein unvorstellbar tiefer Absturz

dem deutschen Wirtschaftsleben in diesem Jahre 1931 noch bevorstehen sollte: Ein immer weiteres unabwendbares Anwachsen der Arbeitslosen in ganzem Reich, besonders stark ausgeprägt aber in unserem engeren Vaterlande. Die Zahl der Insolvenzen von Monat zu Monat im Ansteigen. Die Reichsbank, in gewissem Sinne unser Kraftspeicher, verlor ungeheure Werte an Gold und Devisen, insbesondere durch Zurückziehung ausländischer Kredite. Zwei der ersten deutschen Bankunternehmungen von Weltbedeutung, mit denen ein großer Teil der deutschen Wirtschaft auf Geschäft und Verdienst verbunden ist, gerieten ins Wanken und können nur durch Reichshilfe aufrecht erhalten werden. Die Banken- und Sparkassengläubiger verloren das Vertrauen in ihre Institute und stürzten die Schalter, Dinge, die wir nicht einmal in der schwersten Kriegs- und Revolutionszeit erlebt haben.

Durch Notverordnung

müssen Bankierstage, d. h. vorübergehende Auszahlungspausen verfügt werden. Einlagenkündigungen größten Maßstabes auf der ganzen Linie sind die natürliche Folge. Die Banken verlieren einen gewaltigen Teil ihrer Depositen. Auch die Spar- und Girokassen werden, wenn auch in wesentlich geringerem Maße, von der gleichen Erscheinung betroffen. Industrielle Unternehmungen von erstem Rang — ich brauche nur die Namen Borgig, Hanomag und Bleichert zu nennen —, die durch Generationen bestanden haben, und für absolut gesund und unerschütterlich gehalten wurden, müssen ihre Zahlungen einzustellen.

Das Vollseinkommen

geht von 75 Milliarden im Jahre 1928 auf 55 Milliarden im Jahre 1931 zurück. Die im Bauwesen umgesetzten Werte fallen in der gleichen Zeit von 9 Milliarden auf 4,5 Milliarden. Die Industrieproduktion geht im Verhältnis von 100 auf 70 zurück. Dagegen steigen die Konturen fast auf das Doppelte, nämlich 10 000 auf 17 000 Fälle. Das sind Bissern, die in Frakturschrift den wahren, den durchdringenden Stand der Dinge klarlegen. Wenn die große Katastrophe zunächst auf Österreich, wo sie ihren Ausgang nahm, und auf Deutschland beschränkt schien, so greift sie nach kurzer Zeit auch auf Länder über, die wir immer, und mindestens in der Nachkriegszeit, für absolut gesund und unangreifbar gehalten haben, wie England und die nordischen Staaten. Alle übrigen Völker und Staaten der Erde, selbst die Vereinigten Staaten von Amerika nicht ausgenommen, werden

von der Krise auf das gewaltigste gepackt

Nur ein Staat und Volk gedeiht anscheinend noch und lebt wie ein Vampir, der sich vom Blut und Leben seiner Opfer nährt, und sättigt wie Fahn aus dem Gold und besteht auf seinem Scheine, unbekümmt, ob die Welt darob zu Grunde geht. Wie lange werden sich das die Völker der Erde noch gefallen lassen? England, durch ein Jahrhundert hindurch der Vorkämpfer des Freihandels, mag diesen nicht nur aufzugeben, sondern wendet sich dem hässlichen Protektionismus zu, und verstärkt damit die Krise in allen auf internationalem Gütertausch angewiesenen Ländern auf das Rüstthe. Das gleiche Land, das Ursprungsland und der Hört der Goldwährung, verlässt diese; die nordischen Länder folgen. Sogar der Dollar steht seine vergoldete Stellung im weltwirtschaftlichen System bedroht. In einem stillen Wirtschaftskrieg zwischen fast allen Kulturländern wird verzweigt um wirtschaftliche Gültigkeit gekämpft und ausschließlich im Gewissen

unseres Deutschen Reiches geht ein schleichender Guerilla-Krieg, der Woche für Woche schwere Opfer kostet und allmählich infolge der Langmut der Regierung eine immer stärkere Beunruhigung der Bevölkerung schafft. Dies alles Ercheinungen, die den Menschen vor Jahresfrist auch nur im entferntesten für möglich gehalten hätte. Alles zusammen gesehen,

das Bild einer Katastrophe für die gesamte Kulturwelt, wie sie die Menschheit noch niemals in ihrem Bestande erlebt hat.

Zum erheblichen Teil muss die Entwicklung für Reichshilfe und unabwendbar angesehen werden. Leider aber zeigten sich für Deutschland im Laufe des verflossenen Jahres auch noch besondere Ursachen umgekehrter

Erscheinungen der Fäulnis und der übelsten Korruption, die die verschiedensten Kreise des Volkes und die verschiedensten Teile des Reiches erschüttern. Wir sehen sie im Kreise der Reichskulturbundes, so gelte sich aber auch im agrarischen Ostpreußen. Wir fanden sie in den alten Hansestadt Bremen, wo einst der Hanseat, der Königliche Kaufmann, auf untauglichen Devochheim auszusprechen —, in kleichlich gerichteten Kreisen auf.

Die mortale Fäulnis, die das letzte Jahr bei einer Reihe von wirtschaftlichen Zusammenbrüchen offenbar gemacht hat, und die im alten Deutschland nicht denkbar gewesen wäre, die uns vielmehr erst die neueste Zeit gebracht hat, sie ist es, die uns auf das tiefe erschüttern muss und den Glauben an eine Besserung schwer gefährdet.

Ich sprach vor Jahresfrist den Satz aus, es müsse wohl jedem Denkenden einleuchten, dass der grundlegende Mangel für unsere Not im Wirtschaftssystem liegen müsse. Die weitere Entwicklung der Dinge hat für die Richtigkeit dieses Satzes gesprochen. Eine Flut literarischer Ercheinungen beschäftigte sich mit den Dingen. Die Besten kommen zum Ergebnis, dass wir an einer absoluten Wirtschaftswende, manche zu der Meinung, dass wir am Lebensende des Kapitalismus stünden. Das im verflossenen Jahre zweiter größter Banken, und mit ihnen ein gewaltiger, von diesen Banken abhängiger Teil der Industrie nur noch mit Staatshilfe aufrecht erhalten werden konnten, gibt nach jener Richtung allerdings zu denken. Ebenso der Weg, den die letzte Reichsnotverordnung beschritten.

Eine baldige Besserung aus dieser unerhörten Katastrophe ist jedenfalls unmöglich zu erwarten. Sie kann nur aus einer, mit schweren Opfern in langer Zeit erfolgenden neuen Entwicklung der Dinge entstehen.

Das ist die Lage für Deutschland im allgemeinen. Wie steht es von diesem düsteren Hintergrunde?

die Lage unserer Stadt

selber ab. Nun, sie paht in das Gesamtbild hinein. Die Stadt Aue, die bei der Eigenartigkeit und Vielseitigkeit ihrer Industrie früher durch Jahrzehnte hindurch keine allgemeine die Gesamtirtschaft erlassende Krise erlebt hatte, ist heute von einer solchen auf das schwere mitgetragen. Es ist wohl kaum ein Betrieb, sei es ein industrieller, oder ein gewerblicher, oder ein Geschäftsbetrieb, der schwer unter ihr gelitten hätte. Eine unserer ältesten und angesehensten Firmen muhte zu ihrer Sanierung eine Organisationsänderung unter Mitwirkung von Staat und Gemeinde durchzuführen.

Die Maschinenindustrie, die ja ein so wichtiges Glied in dem Gesamtorganismus unserer städtischen Wirtschaft darstellt, leidet in ganz besonders schwerer Weise unter den gegenwärtigen Verhältnissen und hat offenbar auch für längere Zeit denkbar ungünstige Aussichten.

Zwar,

die Gesamtzahl der Arbeitslosen

hat sich während des Jahres 1931 für die Stadt Aue nicht allzu wesentlich geändert. Sie bewegte sich während des Jahres in den Grenzen von 2000 bis 2400 und hat am Jahresende den Höchstpunkt wieder erreicht. Erhöhungsmöglichkeit muss man aber noch die

Wirkung der Kurzarbeit, die sich für beide Teile, für Unternehmer und für Arbeiter, gleich ungünstig auswirkt. Weiter aber ist vom Standpunkte der Stadtgemeinde aus vor allem das noch herauszubringen, dass sich die Zahl der von der Arbeitslosenversicherung betreuten Erwerbslosen, — 906 am Jahresanfang, 668 am Jahresende, — und die Zahl der Wohlfahrtslosenversicherten, — 304 am Jahresanfang und 906 am Jahresende, — geradezu umgedreht haben. Das bedeutet, dass die Arbeitslosenversicherung immer mehr entlastet wurde, und nun vielleicht in ein Stadium der Gefundung gelangt, während

die Belastung der Gemeinden

durch die unaufhaltbare Steigerung der Wohlfahrtslosenversicherten, die uns bereits vor Jahresfrist bei 304 Personen unheimlich genug erschien, auf das Dreifache und damit auf einen geradezu unerträglichen Stand gestiegen ist.

Kann man auf eine Besserung der Verhältnisse überhaupt noch hoffen? Führen Reichs- und Staatsleitung zu solchem Ziel? Von den Notverordnungen verfolgten die ersten im wesentlichen das staatswirtschaftliche Ziel, die öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen, die Staats- und Gemeindewirtschaft nicht zusammenbrechen zu lassen, ein sehr negatives Ziel, wenn es auch selbstverständliche Voraussetzung für Fortbestand und Wiedergebundung des Ganzen ist.

Die letzte Notverordnung

lehrt sich erstmals die positive Aufgabe, eine wisslich neue Grundlage für den Wiederaufbau zu schaffen und zwar durch einen Ausgleich von Preis und Lohn und durch eine grundlegende durchgängige Verbilligung der gesamten wirtschaftlichen Produktion. Damit ist ein wichtigstes Ziel aufgezeigt. Es ist die selbstverständliche Pflicht eines jeden Staatsbürgers, — denn die Not brennt uns auf die Füße und es handelt sich um Leben und Existenz des Einzelnen sowohl wie der Gesamtheit, — zur Erfreichung jenes Ziels mitzuwirken. Und vor allem muss dies in erster Linie für jede Gemeinde gelten, selbst wenn es für diese bei der ungeheueren Finanzschwierigkeit, in der sie steht, schwer fällt.

Ich befenne mich freudig zu jenem Ziele, wir müssen alles, was irgend in unserer Möglichkeit liegt, ausspielen, dazu mitzuwirken. Wir werden die Tarife unserer Werke, insbesondere für Gas und Elektrizität, senken, ebenso die des Schlachthofes, den Preis der Ziegel, manche Gebühren der Verwaltung. Senken werden wir den Zins der Sparkassenhypotheken, den wir bisher schon mit 7 Prozent aus den gleichen Motiven heraus auf einer Stufe hielten, die im Lande nur wenig vertreten war. Ich denke auch, dass wir, solange es die Wirtschaftslage der Sparkasse irgend ermöglicht, nicht etwa wieder auf dem Wege eines Verwaltungsfeststellungsbeitrages der Hypothekenschuldner, dasjenige, was wir mit der einen Hand geben, mit der anderen Hand wieder zurücknehmen. Gesenkt werden muss auch nach allgemeinen Grundsätzen der Binsatz, den die Stadtbank fordert und gewährt. Kurz, auf der ganzen Linie muss der Versuch, zu einer wirtschaftlichen Befreiung und Gesundung zu gelangen, mit allen Kräften und Mitteln auch von der Stadtwaltung unterstützt werden.

Nach Behandlung dieser allgemeinen Gesichtspunkte lassen Sie mich nun für die Verwaltung aus dem unvermeidlichen Ablauf des letzten Verwaltungsjahrs einige wenige, besonders wichtige Dinge herausheben, während ich wegen aller Einzelheiten auf den in diesen Tagen in der Presse erscheinenden Verwaltungsbüchern verzweigen möchte.

Die im Früh Sommer zum Abschluss gelangte

Abrechnung der städtischen Verwaltung

auf das Jahr 1930

brachte zum ersten Male seit meiner Amtsführung ein Defizit und zwar in Höhe von 154 000 RM. Diese Verlustziffer beruhte im wesentlichen auf zwei Posten, auf einer im Haushalt nicht vorgesehenen Mehrauswendung von 200 000 RM für Wohlfahrtslosenversicherten und auf einem Mehrbedarf von 151 000 RM für Schulden, Vergütung und Tilgung, die sich mit Wirkung vom Jahre 1926 an dadurch notwendig machte, dass die Aufwertung der städtischen Schulden durch oberinstanzliche Entscheidung von 12,5 auf 18,75 Prozent erhöht worden war. (Die von der ersten Instanz verfügte Verdopplung des Normalzahns konnte ja erstenweise bei der obersten Instanz von uns noch abgewogen und auf die Hälfte ermäßigt werden.) Für die Schuldentlastung hatten wir zwar Rücklagen gemacht, die aber an Stelle von Anteilemitteln für außerordentliche Bedürfnisse der Stadt festgelegt und daher für Deckung des Haushaltbedarfes nicht verfügbar waren. Sie gehen aus dieser Darlegung, dass wir ohne jene außerordentliche Schuldentlastung trotz der gewaltigen Erhöhung der Wohlfahrtslasten unseres Haushalts für 1930 noch annähernd mit + 0 hätten ausgleichen können.

Die Aufstellung und Verabschiedung des Haushalts für das laufende Jahr ist in unserer Stadt rechtmäßig und ordnungsmäßig erfolgt, wenn auch der notwendige Ausgleich, der nur durch eine Verdopplung der Normalzähne von Bürger- und Biersteuer möglich war, im Wege des Zwangsauflages ausgesprochen werden musste. Leider war das Rechnungswert dieses Haushaltplanes in kurzer Zeit überholt und durch zwei Momente völlig über den Haupts geworfen, nämlich durch den

unerhöht starken Rückgang der Steuereinnahmen, insbesondere der städtischen Anteile an den Reichsteuern, und andererseits durch das unaufhaltbare Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtslosenversicherten. Drastische Maßnahmen wurden im Wege der Notverordnungen verfügt, um den Ausgleich wieder herzustellen. Auf der Einnahmenseite wurden der Stadt ein 300prozentiger Zuschlag zur Bürgersteuer und die Einführung einer 100prozentigen Getränkesteuer und überdies eine Straf- und Schleuheneinigungsgesetze erlassen, während auf der Ausgabenseite nicht absolut dringlichen Posten gestrichen oder wesentlich verkürzt werden mussten.

Die Sparmaßnahmen

könnten in dieser harten Zeit niemanden und nichts verschonen. Sie ergriffen die Unterstützungsrichtlinie der Fürsorge, sie erschienen in dreimaligen erheblichen Rückschlägen der Gehälter der Beamten und des Personalens, so tiefen in ausmaliges Einschneiden bis

Wohne der Arbeiter. Von diesen Sparmaßnahmen konnten leider auch nicht ausgenommen werden die kulturell bedeutsamen Posten, insbesondere die Schulhaushalte. Die Rettung von Staat und Volk und ihrer öffentlichen Gemeinschaften ist wichtiger, als es alle die einzelnen, in diesen Gemeinschaften verfolgten Ziele sind; mögen diese noch so ideale und hohe sein, denn mit dem Bestande des Ganzen fällt alles hin. In dieser nachdenklichen und unabhänglichen Tatsache können alle die Proteste und die zornmütigen Reden, die über diese Dinge gehalten worden sind, und denen wir in normalen Zeiten unsere Zustimmung nicht versagt hätten, nichts, aber auch absolut nichts ändern.

Seit dem August des vergangenen Jahres hatten wir mit größten

Finanz- und Kassenschwierigkeiten

zu kämpfen. Das alte Betriebsvermögen war durch das Vorjahrs Defizit ausgezehrt. Die Endfinanzierung des Krankenhauses stand noch aus. Große Restverpflichtungen waren zu erfüllen; der Betrieb des Krankenhauses mit seinen großen laufenden Unförderungen war im Gang gekommen, während die Einnahmen erst allmählich einliefen. Für den Wohnungsbau hatten wir etwa 80 000 RM aus laufenden Mitteln vorschauweise während der Hauptbauzeit an die Bauherren ausgetragen, die erst allmählich bis zum Schluss des Haushaltsjahres wieder hereinkommen. Dazu

von Woche zu Woche der Wohlbedarf für Wohlfahrts-

erwerbslosen und für Krisenfürsorge,

der sich gegenwärtig auf etwa 50 000 Mark im Monat beläuft. Unter diesen Umständen hätten wir trotz eifriger Sparanstrengung auf allen Gebieten den Verpflichtungen, insbesondere auf dem Gebiete der Fürsorge, nicht mehr entsprechen können, wenn wir nicht einige Male erhebliche Beihilfen aus den besonderen Reichsmitteln erhalten hätten.

Ich hoffe, daß vom fassentechnischen Standpunkt aus die schwere Zeit überstanden ist, weil der Winter keine wesentlichen Ausgaben mehr auf dem baulichen Gebiete bringt und weil vom Januar an die Bürgersteuer zu stechen beginnt.

Für das finanzielle Ergebnis der Wirtschaft des laufenden Geschäftsjahrs läßt sich nur schwer eine Vorausfrage machen, da ein gewaltiger Steuerausfall zwar mit Sicherheit feststeht, seine wirtschaftliche Höhe aber gegenwärtig noch nicht berechenbar ist.

Die

zuverlässigen Stimmen der städtischen Wirtschaft

waren auch im vergangenen Jahre ihre technischen Werke. Es ist zu hoffen, daß sie es auch weiterhin bleiben werden. Von Sparsäße und Stadtbau, die ja heute mit all ihren eigenen Kräften die private Wirtschaft fördern und dafür Opfer bringen müssen, kann man vorläufig keine finanziellen Erträge in Anspruch nehmen.

Es bleibt noch

ein Wort über das Bauwesen

zu sagen. Da von privater Seite eine bauliche Tätigkeit nicht zu erwarten war, — denn irgend ein Bedarf für industrielle und gewerbliche Bauten liegt in solchen Zeiten nicht vor, niemand hat auch Geld dafür —, so entschlossen sich die städtischen Körperchaften, mit öffentlichen Mitteln den Wohnungsbau — sowohl funktional — zu fördern und damit die Schuhindustrie des Baugewerbes in Gang zu bringen. Wir haben 100 Wohnungen, in der Mehrzahl zwei- und dreizimmerige, mit öffentlichen Mitteln bezuschußt. Daneben sind noch 11 Wohnungen ohne solche Förderung gebaut worden. Das ist bei dem Charakter des vergangenen Jahres und an der Stadtgröße gemessen, eine Leistung, die nicht sehr oft vorgenommen wird. Daß wir uns jetzt damit eine ungeheure finanzielle Schwierigkeit aufgebürdet haben, führt ich bereits aus. Leider sind nun die Bauausichten für das kommende Jahr so gut wie hoffnungslos, da die Mietzinsteuer zu einem Teile abgebaut und zum wesentlichen Teile aber für andere dringliche Zwecke in Anspruch genommen sein wird.

Wir gegenwärtig aktiv im Dienst der Verwaltung steht, der weiß davon zu sagen, was das für

eine sorgenvolle und dornenreiche Zeit schwerster Arbeit ist. In normalen Zeiten hat der Führer in der Verwaltung für die Schattenseiten seines Berufes, — daß er nämlich ständig in den sogenannten Dreiecke der öffentlichen Recht steht, — einen reichlichen Ausgleich in der Freude an schöpferischer Arbeit, an Schaffen und Gestalten, an Aufrichten und Bauen. Gegenwärtig, und vielleicht für lange Zeit hinaus, ist dieses Äquivalent wegfallen. Es gilt nur noch der Kampf um die nackte Existenz der Gemeinde, ein Kampf, bei dem viele Interessen verlegt werden müssen und der zufallslos geführt werden muß. In dieser schweren Aufgabe ist der Rat durch hingebende pflichttreue Arbeit seiner Beamenschaft bestens unterstützt worden. Ich möchte es nicht versäumen, hierfür die volle Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Vieles ist und darf keine Resolutionen gesetzt werden gegen die uns verordnete diktatorische Führung der Verwaltung.

Ich glaube zu Unrecht. In dieser Zeit ist eine andere Art der Geschäftsführung kaum möglich. Es werden wenigstens wohl kaum Fälle bekannt geworden sein, in denen die Gemeindelöperschaften selber sich dazu aufgerufen hätten, die unerträlichen Beschlüsse zu fassen, die heute nun einmal unerlässlich sind. Das Odium höherer Beschlüsse schreit. Der verantwortliche Einzelhändler aber wird sich nicht schrecken lassen.

Hoffen wir, daß in absehbarer Zeit die Tage wieder kommen, da die Selbstverwaltung wieder in ihre vollen Rechte eingesetzt werden kann, insbesondere auch auf dem Gebiete der Gemeindefinanzen, wo ja die wirtschaftliche Grundlage wahret Selbstverwaltung liegt.

Ich glaube, trotz aller Drangsal und aller Not, wir dürfen hoffen. Mag die geldwirtschaftliche Seite in Deutschland zur Zeit auch noch so schlecht sich gestaltet haben, die Kräfte, auf denen legten Endes alles beruht, und die bedeutsamer sind als alles Geld, sie sind im wesentlichen unberührt, sie sind uns geblieben, der deutsche Boden, seine Kräfte und seine Schätze, die gut und vielleicht sogar glänzend eingerichteten Betriebsstätten, der deutsche Mensch mit seiner Leistungsmöglichkeit, der Unternehmer und Führer, die geschickten, klaffens- und arbeitsfreudigen Hände des deutschen Bauern und Arbeiters, die deutsche Technik und die deutsche Wissenschaft und Forschung.

Wenn man erwacht, daß die Wiederbeschäftigung der Gemeinde-losen allein einen jährlichen Gütermehrzuwachs im Werte von etwa 15 bis 20 Milliarden bedeuten würde, so läßt sich ermessen, daß ein Ausgleich der gegenwärtigen Ausfälle ohne Schwierigkeiten eintreten kann, wenn erst der rechte Weg gefunden ist. Möchten die neueren und die altherneuen Maßnahmen der Reichsregierung, von denen ich bei Gründung der Sitzung sprach, die Voraussetzung schaffen.

Mit meinem Wunsche für das neue Jahr will ich ganz beschieden sein. Möge es unserem Reich, unserem Volk und unserer Stadt den Anfang zu einer Heilung bringen, zur Heilung im wirtschaftlichen und im gesamten öffentlichen Leben, und eine feste und beständige Grundlage zum neuen, gesunden Aufbau unseres nationalen Daseins.

Man kommt nun zur Wahl des Präsidiums. Für das Amt des Vorsteigers werden vorgeschlagen von den Bürgerlichen Stadt. Hentschel, von den Sozialdemokraten Stadt. auch und von den Kommunisten Stadt. Müller. Für die Nationalsozialisten erklärt Stadt. Lenk, daß sie keine Vorschläge einbringen und sich an der Wahl nicht beteiligen würden. Gewählt wird dann mit den 14 Stimmen der Bürgerlichen Stadt. Hentschel.

Auf die beiden anderen Kandidaten entfallen je sechs Stimmen. Stadt. Hentschel nimmt die Wahl an und wird vom Ersten Bürgermeister Hofmann bestmöglichst. Er dankt dem Ersten Bürgermeister für seine Aussführungen und erklärt, daß er weiterhin sein Amt in Sachlichkeit und Objektivität zum Wohle der Stadt führen werde. Zum 1. Stellvertreter des Vorsteigers wird dann mit den 14 Stimmen der Bürgerlichen Stadt. Lenk, zum 2. Stellvertreter Stadt. Dr. Schmidt gewählt. Welde Herren nehmen die Wahl an, danken für das ihnen bewiesene Vertrauen und erklären, daß Objektivität und Unparteiischkeit wie bisher die Rücksicht ihres Handelns sein wird. An der Wahl des 2. Stellvertreters hat sich die SPD nicht mehr beteiligt. Einsprüche gegen den Ausfall der Wahl erfolgen nicht, womit die Wahl vom Kollegium als gültig anerkannt ist.

Vorsteher Hentschel teilt dann mit, daß eine ganze Anzahl von Anträgen vorliegt. Es handelt sich dabei um den bürgerlichen Antrag auf Herabsetzung der städtischen Taxe, um die Hochwasserschäden und kommunistische Anträge, die sich mit den Untersuchungen für die Wohlfahrtsverwaltungen befassen. Die Beratung der Anträge wird, da sie zunächst noch vom Rat und den zuständigen Ausschüssen bearbeitet werden sollen, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung verschoben. Die Kommunisten sind damit nicht einverstanden und als der Stadt. Müller wieder erklärt, daß für die Wohlfahrtsverwaltungen nichts getan würde, weist ihn der Vorsteiger mit einem Hinweis darauf zurück, daß die Finanzlage für unsere Stadt vor dem Weihnachtsfest außerordentlich kritisch war und er sich in Dresden bei den zuständigen Stellen mit allem Nachdruck dafür eingesetzt habe, daß wenigstens die Mittel für die notwendigsten Verpflichtungen herankommen. Darauf wird die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung findet am Montag, den 25. Januar, statt.

Aus der Segelflugbewegung

Aus der Statistik für das Jahr 1931 ergibt sich, daß die Segelflugbewegung im vergangenen Jahre sprunghafte Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der Starts berechnet man nach hunderttausenden. Die Zahl der aktiven Segelflugtreibenden in Deutschland beträgt 8000 bis 10 000. Befreite Schulen und Übungsstellen mit Jungfliegerheimen usw. sind im Bau. Durch das hinzutreten der DV., des ADAC., der Deutschen Burschenschaft, des Abenauer SC. hat die Segelflugbewegung einen neuen starken Auftrieb erhalten. Vor allem wird die Deutsche Turnerschaft im Jahre 1932 den Segelflug in erheblich verstärktem Ausmaß betreiben. Auch im Modellsfluge, der seinen Höhepunkt im Pfingsttreffen auf der Wiesnckuppe mit 400 Teilnehmern und 227 Modellen hatte, ist eine starke Aufwärtsbewegung zu verzeichnen; und man kann für das Jahr 1932 mit einem weiteren Anwachsen des Segelflugsports zum Volksport rechnen.

Gosau. Statistisches. Im vergangenen Jahre wurden 86 Kinder geboren einschließlich 2 Totgeburten (99 im Vorjahr), Eheschließungen fanden 88 (42) statt. Aufgebote waren 55 zu verzeichnen, darunter 2 auswärtige. Die Sterbefälle sanken von 44 im Vorjahr auf 39. Kirchenausstreuungen waren 28 zu verzeichnen, und zwar 25 aus der evangelischen und 1 aus der katholischen Kirche einschließlich von 5 Kindern. Die Einwohnerzahl unseres Ortes ist von 4488 Ende Dezember 1930 auf 4510 Ende Dezember 1931 gestiegen.

Gosau. Verkehrsschlechterung. Der Verbindungsweg zwischen Gosau und Blaumenthal, der sogenannte Binnstieg, hat infolge der eingestrauten Hochwasserstellen jetzt künstlich gesperrt werden müs-

sen. Die Sperrung, deren Dauer bei der Finanznot der Gemeinden noch nicht abzusehen ist, wirkt sich um so empfindlicher aus, als ein großer Teil der Arbeiterschaft auf dem Wege nach ihrer Arbeitsstätte des Weges als Abkürzung nach Blaumenthal dringend bedarf.

Hundshubel. Der Jahresbericht der Gemeindeverwaltung auf das Jahr 1931 besagt u.a.: Die Gemeinde hatte am 31. Dezember 1931 1601 (am 31. Dezember 1930 1607) Einwohner. Wohnungsanmeldungen wurden 64 (86) und Wohnungsaufnahmen 73 (91) registriert. In der Ortszelle wurden 202 (160) Obdachlose beherbergt und verpflegt, während an 698 (822) mittellose Wanderer sogen. Ortsgehenke gezahlt wurden. Das Standesamt beurkundete 24 (85) Geburten, von denen auf die zum Standesamt bestellt gehörende Gemeinde Neidhardtsthal 3 (2) entfielen; 19 (18) Sterbefälle, darunter 1 (0) aus Neidhardtsthal und 16 (18) Eheschließungen. Ferner wurden 4 (4) Kirchenausstrittserklärungen vollzogen, von denen 4 (4) die evangelische Kirche und 1 (0) die katholisch-methodistische Religionsgemeinschaft betrafen.

Schönheide. Schulnot. Zur teilweisen Fortführung des Schulbetriebes in Schönheide hat das zuständige Bezirksschulamt angeordnet, daß in den vier Unterrichtszimmern der oberen Schule sämtliche Volksschul- und Fortbildungsschulpflichtigen Schüler und Schülerinnen zu unterrichten sind. Bei einer Stärke von 28 Klassen der Volksschule ist es nur möglich, die Schüler und Schülerinnen dieser Schulgattungen mit zusammen sechs Stunden an zwei Tagen in der Woche zu unterrichten. Die Fortbildungsschulpflichtigen, die 10 Klassen bilden, können nur mit wöchentlich drei Stunden beschult werden. Bekanntlich war schon vor Beginn der Weihnachtsferien der Schulbetrieb geschlos-

sen worden, da das zur Beheizung der Hauptschule erforderliche Brennmaterial ausangeln an Mitteln nicht beschafft werden konnte.

Schwarzenberg. Hauseinsturz. In der Nacht ist hier ein bereits bei der letzten Hochwasserkatastrophe im Juli v. J. schwer mitgenommenes Wohnhaus zusammengebrochen. Die seinerzeit aufgefahrene Uferschutzmauer des Schwarzwassers, auf der die neuerrichtete Giebelwand des Wohnhauses ruhte, war von den ungemeinen Wassermassen am Montag und Dienstag voriger Woche wieder unterspült worden und in einer Länge von 25 Metern eingestürzt. Die ihrer Stütze beraubte Giebelwand befand Risse, die sich langsam verbreiterten und schließlich zum Einsturz des Hauses führten. Da die Einsturzgefahr frühzeitig bemerkt wurde, war es allen Bewohnern möglich, sich und ihr Eigentum rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Plauen. Selbstmord eines Fabrikanten. In den 50er Jahren stehendes Fabrikbesitzer August Nitsch sprang in selbstmörderischer Absicht von der Elsteralbrücke in die Tiefe. Der Lebensmüde hatte so schwere Verlebungen davongetragen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde nach der polizeilichen Aufhebung in die Leichenhalle nach Plau gebracht. Der Tote war Vorsteiger der Vogtländischen Fabrikantenschulgemeinschaft e. V. und Mitinhaber eines der größten Sticker- und Spangenfabrikationsgeschäfts. Der Grund, der den sonst lebensfröhlichen Mann in den Tod getrieben hat, ist unbekannt, dürfte aber in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

Drechow. Eine bittere Enttäuschung mußte eine hiesige Witwe erleben, der jetzt plötzlich unerwartet durch den Tod ihres Bruders eine Erbschaft von über 2000 RM zufällt. Die arme Sozialrentnerin, die gehofft hatte, sich mit Hilfe dieser Summe einige Unannehmlichkeiten und Erleichterungen in ihrer Armut gestatten zu können, erhält dieser Tage vom hiesigen Gemeinderat einen Brief, daß die ihr bisher gewährte Sozialrentnerunterstützung mit Rücksicht auf die gemachte Erbschaft vom 1. Januar ab bis auf weiteres eingestellt werden müsse.

Breisberg. Unter schwerem Verdacht. In Lichtenberg war vor einigen Tagen, wie gemeldet, das Gerichtsamt bis auf unbedeutende Nebengebäude völlig niedergebrannt. Jetzt sind der Vorsitzende des Gerichtsgerichts, der Richter und zwei Arbeiter unter dem Verdacht der Brandstiftung bzw. der Beihilfe dazu verhaftet worden.

Poßau. Großer Hochwasserschaden. Im gesamten Gebiet der Amtshauptmannschaft Marienberg ist die Gemeinde Poßau am schwersten von dem jüngsten Hochwasser betroffen worden. Das gesamte Altmühlatal glich hier einem See, auf dem zahlloses Mobiliar schwamm. Große Teile der Ufermauer sind zerstört, die Ortsstraße, Gärten, Wiesen und Felder verwüstet. So sind in der Ortsstraße Löcher bis zu dreiviertel Meter Tiefe festgestellt und die Ortsbeschleunigung völlig freigelegt worden. Nach einer ersten oberflächlichen Schätzung belief sich der im Ort durch das Hochwasser angerichtete Schaden mindestens auf 30 000 RM.

Penig. Ein Auto vom Zug erfaßt. Auf der Bahnlinie Narsdorf-Penig wurde vorgestern vormittag am Bahnhofberg in der Nähe des Bahnhofs Langenleuba-Oberhain der Liefervogel der Hartmannsdorfer Brauerei vom Zug erfaßt, die Löschung hinuntergeschleudert und vollständig zerstört. Führer und Beifahrer kamen wie durch ein Wunder mit leichteren Verlebungen davon.

Liebstadt. Todesopfer einer Schlägerei. Am Sonntagabend kam es in der Rentmannsdorfer Mühle bei Liebstadt zwischen Gästen zu einer Auseinandersetzung, die in eine Rauferei ausartete. Einer der Beteiligten brachte mit einem Messer mehrere anderen Gästen Verlebungen bei. Im Verlauf der Schlägerei erhielt er selbst einen Schlag ins Genick, der seinen Tod zur Folge hatte. Ob politische Differenzen den Anlaß zu den Vorfällen gegeben haben, steht noch nicht fest. Die Staatsanwaltschaft nahm sofort an Ort und Stelle die Untersuchung auf.

Leipzig. Der letzte Ausweg. Gestern früh wurde in seiner Wohnung in der Teubnerstraße ein Buchhandlungseigener Ehepaar gasvergast aufgefunden. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Die Gasähnne im Wohnzimmer und in der Küche waren geöffnet. Auf dem Tische lagen 10 000 Mark Inflationsgeld. Wirtschaftliche Sorgen dienten als Grund zur Tat an.

Leipzig. Raubüberfall. Am Sonntagabend hatte sich auf dem Spielplatz im König-Albert-Park ein 34jähriger Zimmermann mit einer Frau auf einer Bank niedergelassen. Plötzlich wurden dem Manne von unten die Beine festgehalten. Im gleichen Augenblick wurde er von hinten umfaßt, während ein anscheinend dritter Täter ihm die Brieftasche aus der rechten Brusttasche zog. Auf die Hilferufe des Überfallenen ließen die Täter in Richtung König-Albert-Ullee davon. In der Brieftasche befanden sich 20 RM und eine Damenphotographie. Außerdem vermissen die Veräufenden ein Paar Damenhandschuhe. Von Polizeibeamten wurde mit Hilfe von hinzugekommenen Passanten das Scheibenholz ohne Erfolg abgesucht.

Barüberweisung an die Gemeinden. Dresden. Das Finanzministerium hat den Gemeinden die neunte Überschlagszahlung auf den Deckungsbetrag für den ihnen durch die Realsteuerentlastung entstehenden Ausfall überreicht. Die Überweisung ist auf dem für die Überweisung von Reichsteueranteilen üblichen Wege erfolgt. Von der Überweisung sind die Gemeinden ausgenommen worden, denen nach der Dritten Verordnung über die Realsteuerentlastung die Befreiung eingeräumt worden war, die in Betracht kommenden Beträge selbst einzuhalten.

Der Rei

Ber
empfing he
Brücke in
dem Herr
nahme we
Verdängu
ien durch
bat der H
einer welt
arischen L

Hitler
Ber
natio
nalsozialist
gendas
richtet:

Schr
nuar 1932
Groener in
schaft des
parlamenta
Reichsprä
Reichstages
ster Groen
zu diesem
chter Herr
bei aller B
präsidenten
unterstützen
sozialistische
versetzungs
wie moralis
nahme bew
Reichskanzl
gehend zu st
Mit de
ich, sehr g
gebener

Dieser
Herrn steic
lich überrei

Die
Berli
gen des Me
jetzt des Me
beschäftigt n
Frage der
eigentlich ei
der Böllw
das Verdi
durch seine
vorbereitet

Für di
Instift pol
eine Initiat
sind bereits
lich unseres
der anderen
Mitte in Be
einzuleite
Janzen Frage
muß, um
zu werden.
Das Gelinge
Bemühungen
Grundlage i
Rundba
zahl vorsc
into reicht.

Ein zw
ertet, geht
ung Hinden
öhnlichkeiten
richt in erst
ss. Lämm al
gast, der t
um den Ch
hne Unterse
ers deutlic
sachen sag